



Deutsche Polizei

Nr. 1 Januar 2006

Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei



Stress im Dienst!

In dieser Ausgabe:

EuroCop:
Heikle Mission
in der Slowakei

Internet:
GdP-Mitgliederbereich
rund um die Uhr geöffnet

Ehegattensplitting:
Diskussion
um Splitting-Praxis

Terrorismus:
Sturmtruppen erpressen
Deutschland

Überschuldung:
Millionen in der Falle

JUNGE GRUPPE:

- Aktiv-Plus Betreuungsteam
beim Castor 2005
- Fußball ist unser Leben

2 KURZ BERICHTET

4 KOMMENTAR

Neues Jahr, neue Chancen

4/5 FORUM

5 FUSSBALL-WM

Mit Sicherheit am Ball – die GdP

6 TITEL/STRESS IM DIENST

Psychische Belastungen und Stress im
Polizeidienst – Runter vom Stresskarussell

Was kann man individuell bei Stress tun?

Was muss und kann institutionell
getan werden?

16 PREISAUSSCHREIBEN

Bundvorsitzender Konrad Freiberg
lädt zum Gespräch

17 EUROCOP

Heikle Mission in der Slowakei:
EuroCop interveniert zur Unterstützung der
Polizeigewerkschaft

INTERNET 18

Mitgliederbereich rund um die Uhr geöffnet

EHEGATTENSPLITTING 22

Diskussion um Splitting-Praxis

SCHIESSWETTKAMPF DER SPEZIALEINHEITEN 24

GdP traf mit Veranstaltung ins Schwarze

VERKEHRSSICHERHEIT 25

Fernfahrerstammtisch bald auch in Norwegen?

ÜBERSCHULDUNG 27

Millionen in der Falle

RECHT 29

Urteile

JUNGE GRUPPE 30

BÜCHER 32



Deutsche Polizei

Titelbild: Fotos: ddp
Titelgestaltung: Rembergt Stolzenfeld



Druckauflage dieser Ausgabe:
183.740 Exemplare
ISSN 0949-2844



Inhalt:
100% Recyclingpapier
Umschlag:
chlorfrei gebleicht



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung

**Nr. 1 • 55. Jahrgang 2006 • Fachzeitschrift
und Organ der Gewerkschaft der Polizei**

Herausgeber:
Gewerkschaft der Polizei,
Forststraße 3a, 40721 Hilden,
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-0,
Fax (0211) 7104-222
Homepage des Bundesvorstands der GdP:
<http://www.gdp.de>

Redaktion Bundesteil:
Marion Tetzner
(verantwortliche Redakteurin)
Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle,
Stromstraße 4, 10555 Berlin,
Telefon (030) 39 99 21 - 114
Fax (030) 39 99 21 - 190
E-Mail: gdp-redaktion@gdp-online.de

Grafische Gestaltung & Layout:
Rembergt Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfasseramen erschienenen
Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung
der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte
Manuskripte kann keine Gewähr übernommen
werden. Mitteilungen und Anfragen bitten wir
an den jeweiligen Landesbezirk zu richten.

Erscheinungsweise und Bezugspreis:

Monatlich 2,90 EURO zuzüglich Zustellgebühr.
Bestellung an den Verlag.
Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den
Mitgliedsbeitrag abgegolten

Verlag:
**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung**
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183,
Fax (0211) 7104-174
E-Mail: vdp.anzeigenverwaltung@vdpolizei.de

Geschäftsführer:
Bodo Andrae, Lothar Becker

Anzeigenleiter:
Daniel Dias
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 29
vom 1. Januar 2005

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,
Postfach 1452, 47594 Geldern,
Telefon (02831) 396-0, Fax (02831) 89887

DELEGIERTENTAGE:

Schleswig-Holstein und Niedersachsen bestätigten ihre Vorsitzenden

Zu Gewerkschaftstagen trafen sich Ende November Kolleginnen und Kollegen der GdP-Landesbezirke Schleswig-Holstein und Niedersachsen.

Beide Gewerkschaftstage waren geprägt von Vorstandswahlen und in beiden Landesbezirken zeigten sich die Delegierten mit der Arbeit der Vorstände und vor allem der

Landesbezirksvorsitzenden sehr zufrieden. Sowohl Oliver Malchow im nördlichsten Bundesland als auch Bernhard Witthaut in Niedersachsen wurden in ihrem Amt mit überwältigenden Mehrheiten bestätigt. Beide erreichten rund 97 Prozent der Stimmen, beide treten ihre dritte Amtszeit an.

MiZi

FACHTAGUNG:

GTK-Arbeitskreise diskutierten Fragen des neuen Tarifrechts

Die Mitglieder der Arbeitskreise der Großen Tarifkommission (GTK) der GdP trafen sich Ende November zu ihrer jährlichen Fachtagung in der Berliner Geschäftsstelle und diskutierten bzw. bearbeiteten die aktuellen Probleme des neuen Tarifrechts (TVöD) – insbesondere die noch ungeklärten Fragen zum Ortszuschlag. Darüber hinaus spielten grundsätzliche tarifpolitische

Themen wie Arbeitszeit, reduziertes Weihnachts- und Urlaubsgeld bei Neueinstellungen eine große Rolle.

Ein Referent des DGB stellte die gewerkschaftlichen Anforderungen an die Reformen zu den Sozialversicherungssystemen dar (siehe www.dgb.de) sowie die dazu bestehenden Absichten in der Politik. *kör.*

GDP-SYMPOSIUM: Verhältnis Polizei – Private Sicherheitsdienste

Zu einem Symposium zum Thema „Verhältnis Polizei – Private Sicherheitsdienste“ trafen sich Vertreter des Bundesverbandes Deutscher Wach- und Sicherheitsunternehmen e.V. mit Mitgliedern des Geschäftsführenden Bundesvorstandes und Sekretären der GdP am 24. November 2005 in Berlin. Das Treffen setzte einen bereits seit langem geführten Dialog fort und diente dazu, die jeweiligen Standpunkte hinsichtlich der zukünftigen Aufgabenverteilung bei der Gewährleistung der inneren Sicherheit herauszuarbeiten. *now*



Foto: Zielasko

JUNGE GRUPPE: Polizei-Ausbildung im Blick

Die Ausbildung in der Polizei befindet sich aktuell in einem beachtlichen Wandel. Die Fachhochschulen des öffentlichen Dienstes stellen sich zurzeit den Anforderungen des Bologna-Prozesses und die Entwicklung der Polizeiführungsakademie Münster zur „internen Hochschule Polizei“ ist auf gutem Wege. Insofern stehen wir bundesweit vor möglicherweise beachtlichen Veränderungen in der polizeilichen Ausbildung.

Darüber hinaus hat Hamburg wohl die Absicht, die polizeiliche Ausbildung zumindest in Teilbereichen zu „externalisieren“.

Andere Länder diskutieren

ähnliche Schritte. Vor diesem Hintergrund hat der Bundesvorstand der GdP auf Initiative der JUNGEN GRUPPE (GdP) auf seiner Sitzung in Leipzig im Juni 2005 beschlossen, eine Arbeitsgruppe zu bilden, die sich möglichst umfassend mit dieser Thematik befasst. Die Arbeitsgruppe setzt sich aus internen und externen Experten der Ausbildung in der Polizei zusammen und hat im Dezember 2005 erstmals getagt.

Die JUNGE GRUPPE (GdP) erhofft sich „von der Arbeitsgruppe eine Grundlage für eine kritische Begleitung des Bologna-Prozesses und sieht in dem

Am 19. Juni 1999 unterzeichneten 29 europäische Nationen die „Bologna-Deklaration“ und bekannten sich zu dem Ziel, bis zum Jahr 2010 einen gemeinsamen europäischen Hochschulraum zu schaffen.

Bologna-Prozess auch die Chance, durch eine weitere Annäherung der Ausbildungen in den Ländern und des Bundes hin zu einer in Eckpunkten bundeseinheitlichen Ausbildung im Polizeidienst zu kommen.

Sascha Göritz

ARBEITSSCHUTZ:

Polizeiboote

Nach 8-monatiger Projektlaufzeit stellte das Forschungsteam unter Führung des Rhein-Ruhr-Instituts für Sozialforschung und Politikberatung e. V. in Sachen Arbeitsschutz auf Polizeibooten seinen Zwischenbericht vor. Nunmehr beginnen die Auswertungen mit dem Ziel der Schaffung von Instrumenten zur Prävention sowie eines spezifischen Sicherheitstrainingskonzepts.

In der Rubrik „Wasserschutzpolizei“ der GdP-Homepage sind nähere Informationen eingestellt.

hjm

GESPRÄCHE:

US-Botschaftsrat bei GdP



Von links: GdP-Sekretär Andreas Nowak, zuständig für internationale Angelegenheiten, Botschaftsreferent Joachim Kowalik, Botschaftsrat Robert S. Hagen, GdP-Bundesvorsitzender Konrad Freiberg.

Foto: Holecsek

Der neue Botschaftsrat für Arbeit und Soziales der Wirtschaftsabteilung an der Amerikanischen Botschaft in Berlin, Robert S. Hagen besuchte in Begleitung des Referenten an der US-Botschaft für Arbeit und Soziales, Joachim Kowalik, die Bundesgeschäftsstelle in Berlin. Botschaftsrat Hagen setzt mit der GdP die intensiven Kontakte fort, die auch sein Vorgänger David Wagner pflegte, der vor wenigen Wochen seine Tätigkeit in Mexiko aufnahm.

Robert S. Hagen zeigte sich gut über die Situation der deutschen Polizei und ihre gewerkschaftliche Vertretung auf nationaler und europäischer Ebene

informiert. Sein besonderes Interesse galt den Auslandseinsätzen, der Hilfe der deutschen Kolleginnen und Kollegen beim Aufbau ziviler Verwaltungen in Krisengebieten, der Ausbildung ausländischer Polizeien, der Bekämpfung des Menschenhandels und der illegalen Beschäftigung sowie den Vorbereitungen auf die Fußballweltmeisterschaft im kommenden Jahr. Hagen, der im auswärtigen Dienst der USA über langjährige Erfahrungen verfügt, war in vielen Weltgegenden tätig, unter anderem in Kuba, Portugal, Russland, Kanada, Argentinien und im ehemaligen Jugoslawien.

hol

MAUT-DATEN: Zur Aufklärung schwerster Straftaten nutzen

Ende November brachte Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble den Vorschlag in die öffentliche Diskussion, die vom Autobahnmautsystem erhobenen Daten auch für die polizeiliche Fahndung zu nutzen. Dies kommentierte die GdP gegenüber der Presse als sinnvolle Maßnahme zur Bekämpfung der schwersten Kriminalität. „Bei besonders schweren Straftaten wie Terrorismus und in den Fällen, wo die Polizei für die Strafverfolgung persönliche Daten über die Telekommunikationsüberwachung ermitteln darf, sollte es auch möglich

sein, Zugriff auf Maut-Daten zu haben“, so GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg. Zur Aufklärung von Ordnungswidrigkeiten und weniger schweren Straftaten dürften die Maut-Daten allerdings nicht genutzt werden.

Anlass für den Vorstoß des Bundesinnenministers bot eine Straftat auf einem Autobahn-Rastplatz an der A6 in der Nähe von Schwäbisch-Hall. Dort war ein Lastwagenfahrer unerkannt über die Autobahn entkommen, nachdem er zuvor einen Parkwächter überfahren und getötet hatte.

MiZi

TERRORISMUS

Sturmtruppen erpressen Deutschland

Genau ein Jahr nach Ausbruch des Irak-Krieges begann die polizeiliche Ausbildungshilfe Deutschlands für irakische Polizisten, seinerzeit in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE), rund 150 km südöstlich der Hauptstadt Abu Dhabi, an der Grenze zu Oman. In der Polizeiakademie des Oasenstädtchens Al Ain vermittelten BKA-Spezialisten Grundkenntnisse in Tatortarbeit und Spurensicherung. Dieser Beitrag des ‚nation building‘ zieht sich wie ein roter Faden bis in die heutige Zeit. So waren in Deutschland im November/Dezember 2005 rund 50 Irakis in mehreren Bundesländern auf polizeilichen Lehrgängen. Wie es in ihrer kriegsgeschüttelten Heimat aussah, belegte das Zahlenwerk für den November 2005: In diesem Monat starben 666 Menschen (Oktober 407), darunter mehr als 540 Zivilisten; 734 (520) wurden verletzt. Es wurden 24 Autobombenanschläge, 30 Angriffe mit Sprengstoff oder Granaten sowie 58 bewaffnete Angriffe verübt. In drei Fällen hatten sich Selbstmordattentäter mit Sprengstoffgürteln in die Luft gesprengt. Darüber hinaus wurde eine größere Anzahl von Personen entführt. Beispielsweise vier Männer aus den USA, Großbritannien und Kanada, Mitarbeiter einer christlichen Organisation.

Mit der Archäologin Susanne Osthoff wurde zum ersten Mal eine Deutsche entführt. Am 25. November wurde die zum Islam konvertierte Frau zusammen mit ihrem Fahrer Chalid al-Schimani in der nördlichen Irak-Provinz Ninive auf dem Weg ins kurdische Arbil Entführungsoffer. Drei Tage später wurde einem freien Mitarbeiter des ARD-Büros in Bagdad eine CD mit einer Videobotschaft der Entführer zugespielt. Darin wird Deutschland aufgefordert, die Zusammenarbeit mit der irakischen Regierung – dazu zählt auch die polizeiliche Ausbildungshilfe – einzustellen, ansonsten würde die Geisel getötet. Die Geisel-

nehmer nennen sich „Saraja al-Salasil“ (arab. Sturmtruppen der Erdbeben). Sie werden mehr dem arabischnationalistischen Milieu (der Ischirin-Brigaden) zugeordnet; eine Gruppe unter heute mehr als 100 Widerstands- und Terrorgruppen, die im Irak kämpfen und morden.

Für größere Gruppen sunnitischer Aufständischer zählt vornehmlich der Propagandawert einer Geisel. Für djihad-terroristische Gruppen wie die al-Qaida von Abu Musab al-Zarqawi sind Geiseln mehr Todgeweihte, deren Überleben gar nicht vorgesehen ist. In mindestens 35 Fällen endeten Entführungen tödlich. Sie ragen aus einer regelrechten Entführungsindustrie heraus, die sich über die letzten Jahre am Golf entwickelt hat und von ihren Dimensionen nur mit dem Kriegsschauplatz Nordkaukasus vergleichbar ist, wo in Tschetschenien von 1999 (Beginn des zweiten Krieges) bis Mitte 2005 über 2.500 Menschen entführt wurden.

Im Irak wurden seit dem Sturz Saddams im März 2003 bis heute über 2.000 Iraker entführt: Seit April 2004 bis Ende 2005 über 200 Ausländer, darunter über 100 Nicht-Araber. Die Geiselnahme zum Zwecke der Lösegelderpressung, zur Freipressung inhaftierter Glaubenskämpfer bis hin zur ins Videobild gesetzten gezielten Tötung als Akt der psychologischen Kriegsführung ist in diesem asymmetrisch geführten „Heiligen Krieg“ (Djihad) zu einer regelrechten Waffengattung entwickelt worden. Frau Osthoff verschwand mit ihrem Fahrer hinter Tus Churmatu in einer Gegend, die als sehr unsicher und von kriminellen Banden kontrolliert beschrieben wird. Man darf den beiden Geiseln wünschen, dass es den Geiselnehmern nur um Lösegelder geht. Politischen Forderungen kann und darf die Bundesregierung nicht nachkommen.

Berndt Georg Thamm

KOMMENTAR

Neues Jahr, neue Chancen

Die Zeit zwischen Jahresende und dem Anfang des neuen Jahres ist jedes Mal wieder etwas Besonderes: Man resümiert, fasst gute Vorsätze, wägt Chancen ab, ist voller Ideen ... Mir fällt da eine Redewendung ein: Der Optimist sieht in je-



dem Problem eine Aufgabe, der Pessimist sieht in jeder Aufgabe ein Problem.

Insofern haben wir als Gewerkschaft jede Menge Aufgaben im kommenden Jahr, denn die Probleme werden nicht geringer. In diesem Jahr wird Einiges auf uns zukommen. Denken wir an die Föderalismusdebatte, die bizarre Blüten in Richtung Kleinstaaterei treibt. Das wird nicht nur uns als GdP, sondern auch die Landesregierungen in einem Maße fordern, das dem Einen oder Anderen heute noch gar nicht bewusst ist. Abgesehen davon, dass ich es nach wie vor für grundfalsch halte, die Besoldung, Versorgung und das Laufbahnrecht in die Länder zu geben, werden wir den gesamten Prozess gewerkschaftlich begleiten und mitgestalten müssen, um Arges in Bund und Ländern zu verhindern. Wir müssen versuchen, annähernd eine gleiche Landes- und Bundesbesoldung und

-versorgung auch untern den neuen Verhältnissen hinzukriegen. Die Spirale nach „unten“ muss aufgehalten werden.

Zwar ist mit dem Koalitionsvertrag nicht der große Wurf gelungen (was soll herauskommen, wenn sich diametral gegensätzliche Parteipositionen zu einem vertraglichen Kompromiss einigen müssen?) und wir werden uns auf eine Politik der kleinen Schritte einstellen müssen, aber dennoch: Ein bisschen Stimmungswechsel ist zu spüren. Ich habe den Eindruck, politisch geht man weniger rigide miteinander um, geht Probleme behutsamer an. Das scheint dem Wunsch geschuldet, endlich in Deutschland gemeinsam spürbar voran zu kommen.

Einen kleinen Lichtblick gibt es bereits: Die Konjunktur in Deutschland ist nach Einschätzung von Wirtschaftsforschern auf dem Weg der Erholung. Der Aufschwung, der in der zweiten Hälfte 2005 eingesetzt habe, werde sich 2006 stärker beschleunigen, so das Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW) zum Jahresende.

Ganz ungetrübt ist die Freude freilich nicht: Schwachpunkt bleiben die privaten Konsumausgaben. Wir merken es doch selbst, die finanziellen Belastungen haben für uns alle zugenommen und wer etwas übrig hat, hält sein restliches Geld beisammen.

Schwachpunkt bleibt auch der Arbeitsmarkt. Dort sind keine grundlegenden Verbesserungen in Aussicht.

Aber es gibt auch etliches, worauf wir uns freuen können, und zwar Anstrengendes, aber Lohnendes:

Ganz oben steht ohne Frage die Fußball-WM – eine gigantische Aufgabe für die Polizei; mit vielen persönlichen Einbußen an

Freiräumen, aber ich bin sicher, das wird auch ein gewaltiges Erlebnis.

Ein richtungsweisendes Ereignis für uns als GdP ist unser GdP-Kongress im November. Hier gilt es, den zukünftigen Kurs der GdP festzulegen.

Und ganz bestimmt hat jeder in seinem Bereich etwas, worauf oder worüber er sich ganz persönlich freut. Sich das öfter und intensiver ins Gedächtnis zu rufen, hat nichts mit der berühmten rosaroten Brille zu tun. Aber mit einem Stück Lebensgefühl.

Wir als Gewerkschaft möchten mit unserer Arbeit auch in diesem Jahr dazu beitragen, dass genau dieses Lebensgefühl für die Kolleginnen und Kollegen möglichst wenig getrübt wird. Daher müssen wir verhindern, dass die Polizei kaputt gespart wird. Wir müssen weiterhin mit all unseren Möglichkeiten dazu beitragen, dass das hohe Ansehen der Polizei bei der Bevölkerung auch weiter garantiert bleibt, indem wir uns kompromisslos dafür einsetzen, dass unsere Polizei weitestgehend einheitlich und gerecht, dabei zugleich ordentlich bezahlt und ausgestattet wird und dass die Arbeitsbedingungen für die Kolleginnen und Kollegen weiter verbessert werden – kurz: dass Polizistinnen und Polizisten das bekommen, was sie brauchen. Natürlich müssen auch die Interessen der Tarifbeschäftigten entsprechend berücksichtigt werden. Die Polizei kann nur im Zusammenwirken aller erfolgreich sein. Nur dann können wir unserem Rechtsstaat zum Wohle der Bürger mit vereinten Kräften dienen.

Insofern gibt es viel zu tun in diesem Jahr.

Zu: *Getroffen, DP 12/05*

Mit großem Interesse habe ich die Artikel über die Schusswaffenerlebnisse gelesen.

Ich war 1972 beim Olympiamassaker im Einsatz (Crew der D-HAQQ). Hier gab es 17 Tote. Der Münchner Kollege Manfred Fliegenbauer kam bei dem Einsatz ums Leben. Ein Crewmitglied des zweiten Hubschraubers wurde schwer verletzt (Oberkörperdurchschuss). Ich habe überlebt, weil ich mich 90 Minuten tot stellte. Der Anführer der arabischen Terroristen lag unter meinem Hubschrauber und ich ca. 6 Meter davor. Wenn er Richtung Tower schoss, flogen die Geschosse dicht über mich hinweg.

Dieses Erlebnis habe ich bis heute nicht verarbeitet. Ich träume noch heute davon. Ganz schlimm war es die ersten vier Jahre nach dem Anschlag. Darum freut es mich, dass man heute den betroffenen Kollegen hilft!

Klaus Bechler, Gifhorn



Hiermit möchte ich mich für das Thema „Schusswaffengebrauch“ und seine Folgen bedanken.

Die Artikel haben bereits vielfältige Reaktionen hervorgerufen.

Ein 75jähriger Pensionär rief mich bereits am 2.12. an und wollte mir mitteilen, dass er sich über „die Weicheier“ bei der Polizei wunderte. Zu seiner Zeit habe es so was nicht gegeben. Ich konnte ihm im weiteren Gespräch vermitteln, dass wir keine „Weicheier-Polizisten“ pflegen wollen, sondern eine angemessene Betreuung und Fürsorge für den betroffenen Kollegen anstreben. Als ich ihm erzählte, dass im Oktober 2004 ein Kollege erstmals nach 30 Jahren über seine Schusswaffenerlebnisse aus den 70er Jahren berichten durfte, wurde er merklich nachdenklicher und Rührung kam in seiner Stimme auf. Er beendete dann auch recht hastig das Gespräch, nicht ohne mir noch vorher „Viel Glück bei der Abhaltung der nächsten Seminare“ zu wünschen. Ich nehme an, der Kollege dachte an seine eigene Polizeiangehörigkeit

zurück und erkannte, dass man damals vielleicht doch etwas falsch gemacht hat.

Ein anderer Pensionär berichtete mir per E-Mail, dass auch er 1972 einen 16-Jährigen angeschossen hat und man ihm anerkennend auf die Schulter klopfte. Das wars dann aber auch schon mit der weiteren Betreuung. Er habe sich damals einen gewünscht „der ihm zur Seite gestanden“ habe.

Ein Berliner Kollege berichtete mir am Telefon, dass er beim Lesen des Artikels sofort schweißnasse Hände bekam und wieder in „seinem Film“ 2002 (Banküberfall), 1986 (Angriff mit einem Bajonett) und beinahe Ertrinkungstod als achtjähriger Junge war. Er bat um einen Platz im April-06-Seminar.

Sie sehen, ein heißes Eisen behutsam angefasst und publiziert, lässt so manchen Kollegen nachdenklich werden.

Reinhold Bock, per E-Mail

Werbung Seite 9

„AlkoStar“, DP 10/05

Auf der o. g. Seite habe ich die Werbung für das Gerät „AlkoStar“ gefunden und mich gewundert und geärgert.

Seit Jahren bemühen meine Kollegen und ich uns, etwas gegen den Alkoholkonsum in Verbindung mit dem Autofahren zu tun.

In meinen Vorträgen weise ich stets ausdrücklich auf die Risiken der Nutzung von Alkoholtestgeräten zum privaten Gebrauch hin. Einerseits, damit sich keiner an irgendeine (für andere tödliche) Grenze heran trinkt, andererseits, weil sämtliche Geräte nicht zuverlässig und eichpflichtig sind.

Die Unzuverlässigkeit wird bereits in der Anzeige angedeutet: „Genauigkeit +/- 10 % bei 1,00 Promille“.

Der Slogan am Ende: „Genießen ohne Reue: Volle Kontrolle für freie Fahrt“ bringt mich dann vollends auf die Palme.

Ich würde mich freuen, wenn diese Anzeige nicht wieder in „Deutsche Polizei“ erscheint.

Peter Granzow, Polizeiinspektion Verden-Osterholz

Zu: Wenn die Liebe tödlich endet, DP 10/05

Davon ausgehend, dass Kathrin Richter im Jahr 2004, im Zeitraum von 4 Monaten, 11-mal Strafanzeige gegen ihren Peiniger erstattet hat, muss ich gegen die Aussage des KOR Uwe Stürmer ein entschiedenes Veto einlegen. Herr Stürmer behauptet: „Sie könnte noch leben, wenn die Polizei eingegriffen hätte“.

Wenn ich mich recht erinnere, ist für die Verurteilung von Straftätern immer noch die Justiz zuständig. Ich würde sagen: „Kathrin Richter könnte noch leben, wenn die Justiz eingegriffen hätte“! Da hat es wohl vermeidbare Pannen beim Abgleich der Vortaten und Urteile des Herrn Jens W. im Lande Thüringen gegeben. Als Beamter im Streifendienst erlebt man derartige Situationen oft genug. Man schließt den Gewalttäter für ein paar Stunden im Gewahrsam ein und muss ihn dann bald wieder auf freien Fuß setzen. Ich denke, mit seiner Aussage tut Herr Stürmer den unzähligen Kolleginnen und Kollegen Unrecht, die oft genug schulterzuckend den Prügelnden Partner, zumeist den Mann, grinsend aus dem Gewahrsam marschieren sehen, um im nächsten Nachtdienst erneut eingreifen zu müssen.

Thomas Waringer, per E-Mail

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Kontakt zur Redaktion:

**GdP-Bundesvorstand
Redaktion Deutsche Polizei
Stromstraße 4
10555 Berlin
Tel.: 030/39 99 21-114
Fax: 030/39 99 21-190
E-Mail:
gdp-redaktion@gdp-online.de**

FUSSBALL-WM



Mit Sicherheit am Ball – die GdP

Hast du Lust dich im Torwandschießen zu versuchen? Unter www.gdp.de hast du die Möglichkeit, deine Geschicklichkeit zu testen. Die Website der GdP wird im Laufe des Monats Dezember mit einem Link zur GdP-Fußball-WM ausgestattet. Das Torwandspiel lädt – ähnlich wie im Sportstudio

losung vieler wertvoller Preise teil. Falls es dir im ersten Anlauf nicht gelingt, Fragen nach dem Namen des ersten Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei oder nach dem Rekordnationalspieler zu beantworten, versuchst du dein Glück zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal. Alle Teilneh-



– zum Kicken ein. Wie viele Treffer schaffst du in 90 Sekunden? Wo stehst du auf der Rangliste? Sind deine Kollegen oder Kolleginnen auf der Dienststelle erfolgreicher bei den Treffern?

Möchtest du einen Tipp für das nächste Bundesligaspiel abgeben? Du klickst einfach das „Tippspiel“ an und landest auf der Seite für den nächsten Spieltag. Hier gibst du deine Tipps ab und kannst dich unter einem Nicknamen registrieren lassen. Eine „Bestenliste“ zeigt dir nach dem Spieltag an, wo du in der Gesamtwertung stehst. Während der Fußball-Weltmeisterschaft werden natürlich die WM-Spiele getippt.

Bei dem Quiz hast du die Chance, dein Wissen über die Gewerkschaft der Polizei und zum Thema Fußball unter Beweis zu stellen. Hast du alle 20 Fragen richtig beantwortet, nimmst du an der Ver-

mer/innen, die die Fragen richtig beantwortet haben und alle GdP-Kolleginnen und Kollegen, die in dem Zeitraum von Oktober 2005 bis zur Beendigung der Fußball-Weltmeisterschaft am 9. Juli 2006 ein Mitglied für die GdP geworden haben, nehmen an der Verlosung vieler wertvoller Preise teil. Bei dem richtig beantworteten Quizspiel kannst du nur einmal teilnehmen bzw. dich registrieren lassen, für jedes Mitglied, das du wirst, kommt deine Mitgliedsnummer ein weiteres Mal in der „Lostrommel“. Es lohnt sich also, viele Mitglieder zu werben. Die Preise sind äußerst attraktiv und reichen von Hotelgutscheinen über Reisegutscheine, Digital-Kameras, Navigationssysteme, einen Laptop bis zu einem wirklich traumhaften Hauptpreis, den wir heute noch nicht verraten wollen. Auf jeden Fall lohnt es sich mitzumachen. Viel Spaß und viel Erfolg!

Annette Terweide

Psychische Belastungen und Stress im Polizeidienst – Runter vom Stresskarussell

Das menschliche Vermögen, Druck und Stress auszuhalten, ist begrenzt. Der Polizeiberuf gilt als einer der stressigsten Berufe überhaupt. Dabei fallen die operativen Tätigkeiten mit ihren Begleiterscheinungen Gewalt, persönliche Gefährdung, Konfrontation mit Tod, Schusswaffengebrauch usw. als erstes ins Auge. Aber auch die weniger spektakulären Tätigkeiten des normalen Verwaltungs- und Organisationsgeschehens sind nicht zuletzt in Folge vieler Struktur-reformen und des Personalabbaus ganz erheblich mit Stress belastet.

Dass Stress krank machen kann, weiß jedes Kind. Dass er aber in der westlichen Welt inzwischen als Gesundheitskiller an erster Stelle steht, ist speziell im Bereich öffentlicher Dienst noch nicht bis zu jedem vorgedrungen. Wie sonst wäre zu erklären, dass es zwar gesetzliche Regelungen gibt, auch die Stressproblematik in den Arbeitsschutz zu integrieren, aber bislang nur 20 Prozent der Dienststellen mit entsprechenden Erhebungen reagierten, dass Personalräte, wenn sie in diesem Punkt tätig werden, mit Unverständnis zu rechnen haben oder schlichtweg nur belächelt werden.

Aber es ist auch in unserer hoch komplizierten Welt und im polizeilichen Dienst möglich, Stress und seine Auswirkungen in Grenzen zu halten. Wenn man wirklich will.

gaben werden vermieden oder mit eher rigiden Methoden, anstatt mit Sorgfalt und Aufmerksamkeit erledigt. Fehler können sich häufen. Arbeitsunfälle werden wahrscheinlicher.

Indirekte psycho-soziale Effekte von Dauerstress können funktioneller Alkohol- und sonstiger Drogenkonsum, funktionelles Essen (Frustessen), Spielsucht oder soziale Auffälligkeiten wie Rückzug, leichte Erregbarkeit, Streitsucht oder das Burn-out-Syndrom sein. Es kann zur Vernachlässigung der eigenen Gesundheit und der zwischenmenschliche Beziehungen kommen.

Normale Reaktionen bei Dauerstress

Dauerstress macht nicht eben nur mal ein bisschen fertig, sondern führt zu ganz konkreten Beschwerden. Körperlichen Stressreaktionen wie Herzrasen, erhöhter Puls, Herzstolpern, Bluthochdruck, Angina pectoris, Gefäßverengung, Kopfschmerzen, Sehstörungen, Schwindel, Atemprobleme, Asthma, Tinnitus, Hörsturz; Muskel- und Gelenkschmerzen (Nacken, Schultern u. a.), Störungen der Verdauung,

Appetitmangel, Gewichtsverlust, verminderte Libido, gestörte Sexualfunktion können die Folge sein. Ebenso gibt es auch psychische Reaktionen: Angst und Irritation, Panikattacken, chronische Besorgtheit, aber auch Wut und Ärger sowie Stimmungsschwankungen, Nervosität und Gereiztheit. Auch Konzentrationsmangel, Beeinträchtigung des Denkens, Gedankenflut, Gedankenflucht und Schlaflosigkeit, sogar Depressionen können die Folge sein. Die Leistungsfähigkeit sinkt, die Qualität der Arbeit leidet. Komplexe Auf-

Stressoren im Polizeidienst	administrative & organisatorische Quellen	polizeitypische Einsätze und Bedrohungen
Auftreten	schleichend; dauerhaft; wiederkehrend;	punktuell (während Einsätzen) überraschend, plötzlich („Burst Stress“ – explosionsartiger Stressausbruch)
Symbol	Panik in Zeitlupe	Von 0 auf 100 in 2 Sekunden
Risiken und Nebenwirkungen	Gefahr des Burn-out; Psychosomatische Erkrankungen, Frühverrentung	Gefahr der Traumatisierung; Posttraumatische Belastungsstörung; Berufswechsel
Typische Beispiele	Vorgangsdruck/Zeitdruck keine Anerkennung; interne Konflikte; ungerechte Kritik	Schusswaffengebrauch; Todesnachricht überbringen; körperliche Bedrohung

Die physiologische Grundlage dafür, dass wir Stress erleben können, bildet unsere angeborene Erregungsbereitschaft bei Gefahr. Die erste unwillkürliche Reaktion auf eine ungewöhnliche Veränderung in der Umwelt, z. B. einen Lichtreflex, ein plötzliches Geräusch, eine unerwartete Berührung oder Bewegung oder eine blitzschnell erkannte konkrete Gefahr („Ein anderes Auto schneidet mir die Vorfahrt!“) – ist der

Der Ursprung der Stressreaktion

Schreck. Die Schrecksekunde ist ein energiereiches und zugleich unangenehmes Erleben. Das können wir an dem Ärger ermes-sen, der uns überkommt, wenn wir nur „aus Spaß“ erschreckt wurden. Der Schreck ist als Überlebensmechanismus ein biologisches Verhaltensmuster, dessen Ablauf bei allen Menschen, aber auch anderen Säuge-

tieren, im Wesentlichen gleich ist: Das Individuum wird unmittelbar und kompromisslos aus der bisherigen Handlung herausgerissen. Der Befehl lautet: Alles Stopp! Die Augen werden weit aufgerissen, die Ohren werden in Ortungsposition gebracht, um jede Information über eine mögliche Bedrohung aufnehmen zu können. Es gibt ein ruckartiges

Einatmen, um den Körper vorsorglich für den Ernstfall mit einer Portion Sauerstoff zu versorgen. Die Atmung stoppt daraufhin und der Mensch erstarrt für einen Augenblick, um selbst keine Geräusche und Signale an mögliche Feinde zu liefern und um seine extrem gesteigerte Wahrnehmung nicht selbst zu behindern. Eine Verhärtung des Nackens und der Rückenmuskulatur dient dem Schutz der Körperrückseite. Stellt sich die

Nicht jede Belastung macht Stress

Jeder weiß, dass Belastungen auch Freude machen können und bei Weitem nicht zu unangenehmen Stresserlebnissen führen müssen. Wo liegt nun der Unterschied zum Stress?

Stress entsteht immer dann, wenn die persönliche Einschätzung über die eigenen Fähigkeiten, eine Situation oder Aufgabe zu bewältigen, mit den objektiven Anforderungen der Situation nicht im Gleichgewicht steht – also bei vermeintlicher oder realer Überlastung.

Darüber hinaus gibt es Stressoren, die jeden Menschen belas-

Bei einer Befragung von 2.000 Beschäftigten durch das nordrhein-westfälische Ministerium für Wirtschaft und Soziales wurden von den zehn stärksten Belastungen im Arbeitsleben sieben psychische und nur drei körperliche Belastungsfaktoren genannt.

ten, beispielsweise die Bedrohung des eigenen Lebens oder der Gesundheit. Dennoch wirken Stressoren nicht an sich stressend, sondern immer vermittelt über die innere Einstellung der betreffenden Person. So kann sich beispielsweise ein Perfektionist mit seiner Haltung selbst in endlosen Stress bringen, obwohl Außenstehende mit des-

sen Arbeitsergebnissen völlig zufrieden sind.

Im Polizeidienst gibt es berufstypische Stressfaktoren. Eine ähnliche Stressorenkombination haben nur wenige andere Tätigkeiten und Berufe (z. B. Feuerwehr, Rettungsdienste, Militär). Darüber hinaus sind Beschäftigte der Polizei auch den „normalen“ administrativen und organisatorischen Stressfaktoren der Arbeitswelt ausgesetzt.

Stressoren durch polizeitypische Einsätze

Agieren in Konflikten – Die Polizeiarbeit spielt sich häufig in spannungsgeladenen oder gefährlichen Situation ab. Eskalationen und überraschende Veränderungen sind niemals auszuschließen. Herbeigeholt zur Schlichtung eines Nachbarschaftstreits, können sich die Aggressionen schnell gegen die Beamten wenden. Anderer-

seits müssen die Beamten häufig in den persönlichen Nahraum anderer Personen eindringen, Personen fixieren, durchsuchen, Zwang ausüben usw. Das erfolgreiche, fehlerfreie Handeln in solchen Konflikten erfordert ein bleibend hohes Maß an Kompetenz, Training, Entschlossenheit, Disziplin und körperlicher Fitness – jederzeit abrufbar. Aufgrund unserer bio-

Spezielle Hormone werden in großen Mengen ausgeschüttet. Es wird ein weiteres angeborenes Verhaltensmuster zum Überleben aktiviert, das bereits vor Millionen Jahren bei der Menschwerdung existierte und zu dieser Zeit seine elementare Funktion der Überlebenssicherung leistete.

Das, was wir heute Stress nennen, ist nichts anderes als eine biologisch vorgegebene gezielte

Ursache des Schrecks als harmlose heraus, stellt sich Erleichterung ein, die Atmung wird wieder aufgenommen, die Muskeln lösen sich und die ursprüngliche Tätigkeit wird wieder aufgenommen.

Wenn sich die Warnung des Schrecks aber bewahrheitet und eine wirkliche Gefahr droht, werden bestimmte Zentren des emotionalen Gehirns (Angstzentrum; Hypothalamus) stark aktiviert.



Konfrontation und Bedrohung durch Gewalt

– Die Gefahr der eigenen Verletzung oder Tötung oder der von Kolleginnen bzw. Kollegen oder der eigene Schusswaffengebrauch sind besonders dramatische Stressfaktoren der Polizeitätigkeit – sie sind einerseits sehr belastend, andererseits aber überlebensnotwendig: Sie ermöglicht in solchen Konfrontationslagen der Situation angemessenes Handeln. Allerdings kann solcher Stress auch überborden und handlungsunfähig machen, insbesondere ohne Hilfe zur Verar-

beitung des Erlebten. Dann führt er häufig im Nachhinein zu einer posttraumatischen Belastungsstörung.

logischen Ausstattung löst gerade das „polizeiliche Funktionieren“ in solchen Konflikten jene oben beschriebene Stress-Hormon-Kaskade aus.

Um dauerhaft gesund zu bleiben und die Handlungsfähigkeit zu erhalten ist es nach solchen Einsätzen zwingend notwendig, die persönlich wirksamsten Methoden der Stressreduktion anzuwenden.

Konfrontation mit dem Tod – Das Bergen von Toten, insbesondere von Kindern, die Teilnahme an Obduktionen, das Überbringen einer Todesnachricht an Angehörige sind ebenfalls außerordentlich Stress be-

worden ausgeschüttet, damit die Muskeln mit der größtmöglichen Menge an Energie ausgestattet werden. Damit die Muskeln arbeiten können, brauchen sie „Treibstoff“. Dieser besteht aus Zucker und Fettmolekülen auf der einen Seite und Sauerstoff auf der anderen Seite. Der Sauerstoff wird dem Körper durch verstärkte Atmung zugeführt. Es kommt zur Ausschüttung von Cholesterin, um den Zucker

Mobilisierung des gesamten Organismus und seiner Bereitschaft zum Kampf oder zur sofortigen Flucht.

Die biologische Funktion der Stressreaktion ist also die unmittelbare körperliche Mobilisierung zu Kampf oder Flucht. Der Stoffwechsel und Funktionsweise des Körpers werden schnellstmöglich und effektiv auf diese Aufgabe umgestellt; Hormone als Steuerungsinstrumente

werden ausgeschüttet, damit die Muskeln mit der größtmöglichen Menge an Energie ausgestattet werden. Damit die Muskeln arbeiten können, brauchen sie „Treibstoff“. Dieser besteht aus Zucker und Fettmolekülen auf der einen Seite und Sauerstoff auf der anderen Seite. Der Sauerstoff wird dem Körper durch verstärkte Atmung zugeführt. Es kommt zur Ausschüttung von Cholesterin, um den Zucker

lastete Aufgaben. Der Tod oder auch der Selbstmord von Kollegen berühren das Innerste. Selbst Medienberichte über Verletzungen und Todesfälle im Dienst aus anderen Bundesländern können immer wieder die eigene Verletzlichkeit deutlich machen. Hier geht es um ganz existentielle Erlebnisse.

Erzwungene Selbstbeherrschung – Die Diskrepanz zwischen innerer Aufregung und nach außen demonstrierter Gelassenheit kann auch zur Stressquelle werden: Polizisten müssen bei Einsätzen das Zurückhaltungsgebot einhalten und sich infolgedessen emotional stark kontrollieren. Beispielsweise beim Umgang mit aggressiven, stark verschmutzten, betrunkenen oder unter Drogen stehenden Personen fällt das nicht immer leicht. Auch dürfen Sympathien und Antipathien das neutrale, gesetzesgemäße Handeln nicht beeinträchtigen. Aber auch innerdienstlich sind viele Momente zu bewältigen, in denen die innere Gefühlslage und das von außen erwartete Verhalten im Widerspruch zueinander stehen. Eine Zwickmühle, denn wer seinen Ärger oder seine Enttäuschung dauerhaft in sich hineinfrisst, gefährdet seine Gesundheit. Wer dagegen die Selbstbeherrschung verliert, gefährdet nicht allein seine berufliche Existenz, sondern schädigt zudem den Ruf der Polizei.

Präventiv helfen kann hier regelmäßiges Training von Konfliktmanagement und Kommuni-

kation. Wer sich kompetent fühlt und in solchen Situationen kompetent und flexibel agieren kann, hat weniger Anlass zu dem Stress

Stress schlägt sich auch statistisch in der Zunahme von Arbeitsunfähigkeitstagen aufgrund von psychischen Erkrankungen nieder, wie die DAK (Deutsche Angestellten-Krankenkasse) in ihrem Gesundheitsreport 2005 dokumentiert: Während das allgemeine Krankheitsniveau der DAK-Mitglieder seit 1997 nur um 5 % angestiegen ist, lag die Steigerungsrate hinsichtlich der Ausfalltage aufgrund von psychischen Erkrankungen bei 69 %.

auslösenden Empfinden des Kontrollverlusts und Gefährdung.

Zeit- und Vorgangsdruck – Personalabbau und Arbeitsverdichtung haben auch bei der Polizei Einzug gehalten. Wer mit Verwaltungstätigkeiten befasst ist, lebt ständig mit dem Gefühl, einen sehr großen Berg Arbeit vor sich her zu schieben. Bloß keine Termine oder Stichtage versäumen! Und immer wieder das schlechte Gewissen, nicht

genügend geschafft zu haben. Während manche diese Situation durch konsequentes Zeitmanagement, gute Arbeitsorganisation und Grenzensetzen durch Nein-Sagen gut in den Griff bekommen, geraten andere regelmäßig an und über den Rand ihrer psychischen Leistungsfähigkeit.

Schichtdienst – Insbesondere Wechselschichten oder Arbeitszeiten auf Zuruf, wie sie für die Kriminalkommissariate typisch sind, zwingen die Beschäftigten ständig gegen ihre innere biologische Uhr zu agieren, worunter die meisten Schichtdienstler spätestens ab dem 40. Lebensjahr zunehmend leiden. Für ältere Polizisten wird die ständige Umstellung inzwischen körperlich stärker spürbar und muss immer aufwändiger kompensiert werden. Als Resultat stellen sich negative soziale Konsequenzen ein: Der Freundeskreis bröckelt und familiäre Koordinierungsnotwendigkeiten und Auseinandersetzungen häufen sich.

Fachliche oder organisatorische Überforderung – Es kommt im Einzelfall vor, dass man mit Aufgaben konfrontiert wird, für die einem aktuell das fachliche Wissen, die erforderlichen Informationen oder die praktischen Fähigkeiten fehlen. Der begleitende Stress ist dann unvermeidlich, hilft allerdings auch, die notwendige Energie und Entschlossenheit bis zur Erledigung der Aufgabe bereitzustellen. Zwar kann man in solchen Situationen

durch „Learning by doing“ wachsen, kommt es allerdings gehäuft zu solchen Konstellationen, dass das durch Stress mobilisierte Potential bald ausgeschöpft ist.

Konflikte im Kollegenkreis – Schlechtes Betriebsklima ist für Beschäftigte in allen Branchen ein Problem. Bei der Polizei, Feuerwehr oder auch im Bergbau, wo die Menschen existentiell aufeinander angewiesen sind, ist ein schlechtes soziales Miteinander eine zweifache Belastungsquelle:

Zum einen ist das zwischenmenschliche Miteinander, das soziale Dazugehören ohnehin ein menschliches Grundbedürfnis. Ist es in Frage gestellt, bleiben Stressreaktionen nicht aus (Mobbing als extreme Form zwischenmenschlicher Konflikte wird daher von der arbeitsmedizinischen Forschung als einer der größten Stressfaktoren im Arbeitsleben bezeichnet). Zum anderen kommt das notwendige Vertrauen in die Unterstützung im Notfall abhanden.

Auch wenn Corpsgeist zu Kameraderie mit hohem, uninterfragbarem Anpassungsdruck übergeht, kann das bei einigen Beteiligten, die solche Entwicklung kritisch sehen, ebenfalls für einen hohen Stresspegel sorgen.

Falsches Führungsverhalten – Eine der größten chronischen Stressursachen in der Arbeitswelt ist das falsche Verhalten von Führungskräften. Damit ist nicht

stoffwechsel anzukurbeln. Cortison sorgt für die Freisetzung von Körperfettreserven aus der Leber. Adrenalin sorgt für die allgemeine Aktivierung, das Hormon ACTH dient zur Energiebereitstellung. Man bekommt einen schnellen Puls und steigenden Blutdruck, damit das Blut möglichst viele Energieträger und möglichst viel Sauerstoff in kürzester Zeit zu den Muskeln transportieren kann.

Der amerikanische Psychologe Lazarus hat die wichtigsten Stressauslöser zusammengestellt. Stress wird demnach ausgelöst, wenn:

- Leben und Gesundheit gefährdet oder bedroht sind,
- die soziale Anerkennung schwindet oder ausbleibt,
- die augenblicklichen Fähigkeiten der Person überfordert sind,

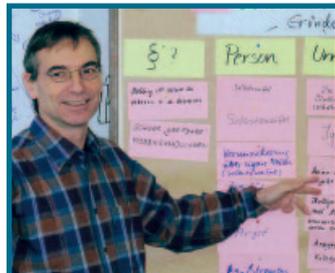
- die normale Belastungsfähigkeit dauerhaft überschritten wird,
- der Mensch den inneren oder äußeren Erwartungen nicht genügen kann,
- Hemmnisse und Hindernisse nicht oder nur unter unverhältnismäßig großen Mühen zu überwinden sind,
- gravierende Verluste auftreten (Tod von nahen Menschen, Insolvenz, Amputation).

Darüber hinaus wird die Blutgerinnung erhöht sowie die Durchblutung der Haut gedrosselt, damit es bei Verletzung zu keinen größeren Blutungen kommt. Es kommt zu Schweißausbrüchen, weil die vibrierenden Muskeln viel Wärme produzieren. Die Muskulatur wird insgesamt in Spannung versetzt (als Zittern oder Kribbeln spürbar), um spontan kraftvolle Bewegungen ausführen zu können. Bestimmte Muskelgrup-

gesagt, dass die Mehrzahl der Vorgesetzten hier Defizite hat, sondern dass der Prozentsatz von Vorgesetzten, die mangelnde soziale Kompetenz vorzuweisen haben, gewaltige Probleme erzeugt. Mangelnde Anerkennung, Ignoranz gegenüber Problemen, ungerechtfertigte Bevorzugung und Benachteiligung einzelner Untergebener (Nasenprinzip), ungerechte oder unsachliche Kritik, Herablassung, Schlechtbeurteilung – das sind nur einige der immer wieder in Befragungen oder in der Sprechstunde der Personalräte hervorgebrachten Klagen über Vorgesetzte.

Die Ursache für solches Verhalten von Vorgesetzten liegt teilweise wiederum in ihrem Stress begründet: Immer wieder entsteht der Eindruck, dass einige bis zur Inkompetenz befördert wurden (sog. Peter-Prinzip). Nun stehen sie mit der Erfüllung der neuen Aufgaben so unter Spannung, dass keine Ressourcen mehr für menschengerechte Mitarbeiterführung übrig bleiben.

Frustrationen – Sie können dauerhaft erheblich Stress auslösen – wegen misslungener Einsätze oder wenn bestimmte polizeiliche Maßnahmen aufgrund rechtlicher oder politischer Gegebenheiten permanent ins Leere laufen. Stress belastet sind vor allem solche Menschen, die die Ursache nicht zu klären versuchen, sondern den Frustrationen verhaftet bleiben und demzufolge ihren Tröggel über Jahre mit sich herumtragen.



Unser Gesprächspartner: Dr. Axel Esser –

freiberuflicher Trainer für Betriebs- und Personalräte, Diplom-Psychologe, leitet bis zu 40 Seminaren, Workshops und Schlichtungen im Jahr u. a. für den Bundesvorstand der GdP; Beratung von Gremien

Beruf. Selbstverständnis: Erkenntnisse der Psychologie für die Arbeit der Interessenvertretungen nützlich machen

Themen: Konfliktfähigkeit; Konfliktmanagement, Mobbing, Gesprächs- und Verhandlungsführung, Methoden effektiver Gremienarbeit, Zeit- und Selbstmanagement, Stressbewältigung, Motivation

Fachbuchautor: Mobbing – der Ratgeber für Betroffene und ihre Interessenvertretung, in der 6. Auflage, Effektive Interessenvertretung, GdP-Broschüren sowie CD-Rom zu Mobbing und Konflikt

Was kann man individuell bei Stress tun?

Dr. Esser, es sagt sich so schön, wenn es zu stressig wird, muss man etwas ändern. Aber was und wie?

Es gibt zum Glück und leider viele Möglichkeiten, Stress und seine negativen Langzeitwirkungen einzudämmen, die sogar Spaß machen und so in Fleisch und Blut übergehen können, dass man sie gar nicht mehr als besondere Anti-Stress-Maßnahmen erlebt.

Warum das leider?

Etliche Arbeitgeber schlussfolgern aus den vielen Stressbewältigungsmöglichkeiten, dass man seinen Beschäftigten jede Form von Belastung zumuten darf, weil es so viele Kompensationsmöglichkeiten gibt. Dauerstress bei den Beschäftigten wird eher als individuelles Problem gesehen: Wer nicht mithalten kann, gilt schnell als nicht leistungsfähig.

Wann ist die Grenze erreicht?

Es ist tatsächlich so, dass viele diesen Absprung aus der Dauerbelastung nicht schaffen. Da ist dies noch zu erledigen und jenes auch noch. Und auf eine kaum erklärliche Weise bringt der Körper es zustande, immer wieder Reserven zu mobilisieren und mit Überanstrengung und Hektik umzugehen. Fazit: Geht doch!

Aber im Laufe der Zeit tauchen kleine Krankheitsepisoden auf, werden häufiger und ernsthafter. Das Immunsystem schwächtelt. Man beginnt sich aufs Wochenende, den Urlaub oder Feiertage wie rettende Ufer hinzubewegen. Doch der Erholungseffekt bringt immer weniger, bleibt schließlich aus. Immer häufiger fühlt man sich gehetzt, unzufrieden, ausgelaugt ...

Es ist sicher schwer, sich diese Grenze einzugestehen – ist man nicht zum Großteil selbst schuld?

Das Erleben von Stress ist kein Zeichen von Schwäche. Das Ignorieren von dauerhaften Stresssymptomen wäre allerdings ein Zeichen von Dummheit.

Also: Warten Sie nicht ab, bis Körper und Seele „Kiel oben“ schwimmen. Fragen Sie sich schonungslos offen, was Sie im Innersten dazu treibt, ein solches Leben zu führen und diese dauerhaften Belastungen zu tolerieren. Wenn es Ehrgeiz oder Pflichtgefühl ist, dann ist man wahrscheinlich eher sukzessiv in diese Situation geraten: Man hat sich als kompetent erwiesen, war stolz auf die eigene Leistung. Irgendwann wäre der Zeitpunkt gewesen, auch einmal Stopp! oder Nein! zu sagen, aber man hat es nicht getan. Vielleicht sind es bestimmte Ängste, die einen

pen werden auch als Schutzpanzer dauerhaft angespannt (z. B. der Nacken). Es kommt zu einer extrem gesteigerten Wahrnehmung, insbesondere für Bewegung und alle Signale für weitere Gefahren oder Chancen der Gefahrenabwehr. Das kann zu der so genannten Zeitlupen-Wahrnehmung führen.

Die Stressreaktion ist äußerst energieaufwändig. Des-

wegen müssen viele andere Körperfunktionen zeitgleich „heruntergefahren“ werden – dies trifft insbesondere das Verdauungssystem, aber auch die Sexualfunktionen. Das differenzierte und kreative Denken setzt quasi aus.

Großer oder lang anhaltender Stress macht unfließend. Es kommt außerdem zu einer Verminderung der Immunabwehr, was sich in Infektanfälligkeit zeigt.

Die biologische Funktion der Stressreaktion ist – wenn man so will – das Überleben. Nach einer Episode der Hochtouren auf 150 % ist jedoch eine Phase der Regeneration aller beteiligten Regelsysteme zwingend erforderlich.

Ein unterschätztes Problem ist wohl, dass wir nicht nur durch lebensbedrohende Situationen, sondern auf viele Bedrohungen ähnlich dramatisch mit der

Flucht-/Angriffreaktion „Stress“ reagieren. Wer seinen Körper und seine Psyche dadurch ausbeutet, dass er von einer Stresssituation in die nächste galoppiert (oder sich „galoppieren“ lässt), ignoriert die Natur des Menschen. Wie soll der Körper seine Funktionsfähigkeit bei Dauerstress garantieren? Das geht über seine Kräfte. Zunächst zeigen sich diverse Funktionsstörungen, auf lange Sicht wird er krank.

immer wieder ins Hamsterrad treiben – etwa zu versagen oder die Furcht, das Ansehen unter Kollegen zu verlieren. Man glaubt möglicherweise mit der Altersversorgung nicht auszukommen, wenn man nicht noch weitere Beförderungstufen erreicht. Oder man rotiert in dem verzweifelten Versuch, es jedem Recht zu machen.

Mit anderen Worten: Wofür, zur Erfüllung welcher Ziele, habe ich diese Stress belastete Form der Tätigkeit gewählt oder dulde sie?

Wenn Sie das geklärt haben, stellen Sie sich die folgenden Fragen: Ist es das wert? Kann ich sagen, dass ich eine hohe Lebensqualität genießen kann? Ist mein Leben attraktiv? Bin ich glück-

Das Erleben von Stress ist kein Zeichen von Schwäche. Das Ignorieren von dauerhaften Stresssymptomen wäre allerdings ein Zeichen von Dummheit.

lich? Ist meine Anwesenheit für andere Menschen eine Bereicherung? Habe ich genug Zeit für die Menschen, die mir wichtig sind? Schaffe ich die Qualität, die ich möchte? Habe ich noch Freude an meiner Arbeit? Kann ich die Ergebnisse meines Tuns genießen? Genieße ich das Leben?

Mit anderen Worten: Wie hoch ist der Preis, den ich bezahle?

Wenn sich die Antworten auf die Fragen nach dem persönlichen Sinn und dem persönlichen Preis in keinem angemessenen Gleichgewicht befinden, ist es höchste Zeit, etwas zu ändern.

Leicht gesagt. Man will ja auch etwas ändern, aber es gibt so viele Zwänge ...

Man muss ja nicht gleich alles

hinschmeißen wollen. Es gibt auch weniger radikale, aber wirksame Methoden. Jeder entwickelt im Laufe seines Lebens spontan Verhaltensweisen, um mit Stress umzugehen. Von manchen heißt es, sie seien die Ruhe in Person. Offenbar haben sie persönlich eine gute Mischung unterschiedlicher Verhaltens- und Denkweisen entwickelt, die ihnen dies ermöglicht. Mancher genießt nach Feierabend den ausführlichen Spaziergang mit dem Hund und kann dabei die Last des Tages von sich abfallen lassen.

Es macht Sinn, sich einmal zu fragen, welche Verfahrensweise zum Umgang mit Stress man eigentlich anwendet. Denn erfahrungsgemäß ist nur ein Teil dieser spontan entwickelten Rettungsanker tatsächlich tauglich. So ist beispielsweise das berüchtigte Aufschieben von Aufgaben bis zum letzten Augenblick eine

Form von unbewusstem Stressmanagement. Jedes Mal nämlich, wenn ein Gedanke an eine wichtige, aber auch belastende Aufgabe auftaucht, stellen sich gleichzeitig unangenehme Gefühle ein – z. B. Verwirrung, Angst, Hektik oder der Eindruck von inhaltlicher Überforderung. Indem man den Gedanken wieder beiseite schiebt und sich schnell leichteren Aufgaben widmet, hat man unbewusst den Stress eingedämmt. Allerdings zu dem Preis, dass man kurz vor dem Stichtag völlig in Stress gerät. Manche haben sogar den Einruck, dass sie nur auf diese Weise arbeiten könnten. Psychologisch funktioniert das so: Erst wenn die Furcht vor dem Versagen und dem Nichteinhalten einer Zusage größer geworden ist als die negativen Gefühle, die mit der Erledigung der Aufgabe selbst verbunden sind, kann es losgehen. Dabei gibt es allerdings

sehr viele überflüssige Reibungsverluste und sehr viel unterschwelligen Stress.

Ein weiteres, sehr verbreitetes Mittel zum „Stressmanagement“ ist Alkohol – nichts gegen ein bis zwei Gläser Wein nach der überschäumenden Aufregung eines Arbeitstages. Wenn das allerdings zur Routine wird oder ein normales Gefühl von Ruhe nur noch mit Alkohol zu erreichen ist, kann das der Weg in die Alkoholkrankheit sein.

Eine Reihe von Personen wird in Stresssituation aggressiv, mürrisch und unzugänglich; schottet sich vor weiteren Informationen, Anforderungen und Kontakten ab, um sein Inneres vor dem völligen Chaos zu bewahren. Zwischenmenschlich ist dies wenig erbaulich. Konflikte und Kommunikationsblockaden können die Folge sein. Wohl dem Team, dass dann sagen kann: „Wenn er im Stress ist, musst du ihn einfach in Ruhe lassen. Nachher kommt du wieder bestens mit dem aus.“

Welche bewusst angewandten Methoden der Stressbewältigung sind aus Ihrer Sicht effektiv und empfehlenswert?

Je nachdem, ob ich eine Stress belastete Tätigkeit noch vor mir habe, mitten drin stecke oder sie hinter mir habe, sind unterschiedliche Methoden sinnvoll. Welche, das hängt von äußeren Bedingungen, aber auch von persönlichen Vorlieben und Überzeugungen ab. Während einer heiklen Personenkontrolle wäre „Meditation“ wahrscheinlich kein geeignetes Mittel der Stressreduktion.

Einen Überblick über Handlungsmöglichkeiten zur Stressdämmung habe ich in der Tabelle auf S. 14 zusammengestellt.

Lindern wir mit diesen Möglichkeiten nur die Symptome oder werden wir so insgesamt stressresistenter?

Beides. Beste Ergebnisse erzielen Sie mit der mentalen Stressbewältigung: Die meisten Stresssymptome spüren wir im Körper, aber die Entscheidung, ob und wie stark wir negativen



Fotos (alle): ddp

Stress erleben oder nicht, findet im Kopf statt. Darauf haben die Gedanken, Gefühle und Werte, die wir in uns tragen, einen entscheidenden Einfluss.

Ein bisschen Mühe muss man sich schon geben, gewisse Techniken zu lernen und konsequent anzuwenden, um dem Stress wirklich Paroli bieten zu können. Schließlich sind Stressreaktionen so mächtig, dass sie selbst physisch und psychisch sehr stabile Menschen „aus der Bahn“ werfen können.

Wie sieht mentale Stressbewältigung konkret aus?

Ein Element von mentaler Stressbewältigung ist die bewusste Arbeit mit den eigenen Einstellungen. So kann der eigene übertriebene Perfektionismus letztendlich in die Depression führen, weil man viel häufiger scheitert oder die gewünschte Qualität nur unter Aufbietung aller Kräfte erreicht, als dass man

Erfolge verbuchen kann.

Auch das **Sorgen machen** ist ein sehr großer Stressfaktor. Hier kann beispielsweise eine persönliche Klausurtagung pro Jahr helfen, in der man sich solche Fragen stellt wie: „Hat mir das Sorgen machen geholfen, irgendein Problem zu überwinden?“ oder „Was ist mir wirklich wichtig im Leben?“

Auch kann man den **Umgang mit Gefühlen** in der Stresssituation lernen. Es gibt beruhigende oder ermutigende Sätze (so genannte Konfirmationen), die man sich immer dann innerlich sagt, wenn der Stress überhand zu nehmen droht oder vor einer Stress belasteten Aktivität.

Das neurolinguistische Programmieren (NLP) bietet z. B. die sehr wirksamen Methoden **„Reframing“** und das **„Ankern“** an. Bei ersterem geht es um eine Umwertung der Erlebnisse. Wenn jemand sehr unter Spannung gerät, sobald er einen Fehler macht, könnte ihm die gedankliche Umwertung „Umwege erhöhen die Ortskenntnisse“ zu mehr Gelassenheit verhelfen. Dann erlebt man einen Fehler nicht mehr als Ausdruck persönlichen Scheiterns oder Versagens, sondern sogar als Prozess mit positiven Seiten.

Beim **„Ankern“** erinnert man sich beispielsweise gezielt an persönliche Erfolge und positive Erlebnisse aus der Vergangenheit sowie andere bestärkende Faktoren in seinem Leben. Diese Sammlung emotionaler Highlights „verankert“ man in einer einfachen Körperbewegung. Im Stress kann man diesen Anker durch Ausführen der Körperbewegung freisetzen und damit positive Stimmung und Zuversicht freisetzen. Versuchen Sie es, es funktioniert!

Wirksam ist auch die Methode der **„Achtsamkeit“**, die sich in Stresskliniken sehr bewährt hat. Dabei lernt man zunächst, ganz normale alltägliche Tätigkeiten mit großer Aufmerksamkeit wahrzunehmen (präsent sein im Augenblick); im weiteren Training lässt sich diese Erlebnisweise auch auf völlig chaotische Arbeitssituationen übertragen. Gerade im Augenblick überwältigenden Stresserlebens erweisen sich Methoden der Aufmerksamkeitslenkung, der Konzentration auf das Atmen oder den Körper als sehr hilfreich.

Übrigens kann man auch den Abschluss einer aktuellen Stresssituation für Stressbeseitigung nutzen. Zunächst einmal sollte man den erfolgreichen, wenn auch Stress belasteten Abschluss oder nur das Durchhalten angemessen würdigen: Gratulieren Sie sich, klopfen Sie sich innerlich auf die Schulter, oder belohnen Sie sich auf irgendeine Weise. Viel zu häufig galoppiert man fast besinnungslos von einem Projekt zum nächsten – ohne positive Höhepunkte; alles wird zur notwendigen Pflicht.

Der zweite Nutzen einer Stresssituation kann die Lernmöglichkeit sein. Stress bedeutet ja, dass die Anforderungen und die Kompetenzen zur Bewältigung dieser Aufgaben nicht im Gleichgewicht gestanden haben. Also fragen Sie sich: Was genau ist schief gelaufen? Was war nicht optimal geregelt, wo fehlten persönliche Kompetenzen oder Ressourcen?

Wenn es gelingt, daraus die richtigen Schlüsse zu ziehen, das heißt zu lernen, hat man für die Zukunft etwas gewonnen.

Wenn es gelingt, daraus die richtigen Schlüsse zu ziehen, das heißt zu lernen, hat man für die Zukunft etwas gewonnen.

Welche organisatorischen „Krücken“ könnten Sie empfehlen, um selbst verursachten Stress mehr und mehr auszuschließen?

Hier ist vor allem an Zeitmanagement und sorgfältige Arbeitsvorbereitung zu denken. Beim Zeitmanagement sind die folgenden Elemente besonders wichtig:

1. realistische Ziele setzen;
2. immer wieder zeitnah Prioritäten setzen und gegebenenfalls umgruppieren;
3. zwischen eiligen und wirklich wichtigen Aufgaben unterscheiden.

Die Technik, wie man seine Termine und Aufgaben zeitlich einordnet, ist eher ein nachrangiges Problem. Andere Faktoren sind das Gruppieren von ähnlichen Aufgaben (z. B. nur einmal am Tag E-Mails bearbeiten; Telefon-Zeit einplanen) oder das Sicherstellen von störungsfreien Zeiten.

Zeitmanagement verbraucht selber Zeit. Oft wird mangels Zeit zu wenig in Vorbereitung von Tätigkeiten investiert. Hilfreich sind Checklisten und Vorlagen. Gerade in Stressphasen ist es sehr entlastend, wenn man einfach ein vorgegebenes Schema abarbeiten kann.

Gute Vorbereitung bedeutet, dass man die bevorstehende Tätigkeit quasi theoretisch schon einmal durchgegangen ist (sog. Private Premiere), um „Sackgasen“ und Umwege im Vorfeld zu erkennen und schwierige Passagen gedanklich vorwegzunehmen. Das erspart stressige Improvisation.

Überhaupt ist Training das A & O für die Stressprävention. Was man antrainiert hat, bestärkt das in Stresssituationen so wichtige Kompetenzgefühl. Deswegen ist allen zu empfehlen, die bei der Polizei angebotenen Trainings- und Schulungsmaßnahmen so weit es geht, wahrzunehmen.

Wie steht es mit Sport als Stresskiller?

Wenn man nicht gerade Extremsportarten oder sehr ehrgeizige Leistungsanforderungen sucht, die einen wieder unter Stress setzen, unterstützt Sport gerade die Fähigkeit des Orga-

nismus, nach einer Stressbelastung schnell wieder in den Normalzustand zurück zu finden – dabei sind Ausdauersportarten besonders geeignet. Es ist für viele immer wieder erstaunlich, wie befreit und entspannt sie sich nach einer Stunde Sport oder Tanz fühlen kann. Es muss „nur“ gelingen, den inneren Schweinehund zu überwinden.

Nicht weniger wirksam sind Gartenumgraben oder Holzhacken. Die entstressende Wirkung von körperlicher Betätigung hat damit zu tun, dass alle Körperfunktionen, die im Stress auf Hochtouren laufen (mobilisierende Hormone, Puls, Blutdruck usw.) nun eine biologisch „sinnvolle Betätigung“ erfahren.

Aber auch bewusste Entspannung ist für den Ausgleich von Stressbelastungen außerordentlich wirksam, da hier u. a. die hormonellen Gegenspieler des Adrenalins ausgeschüttet werden – je nach Neigung stehen z. B. die progressive Muskelentspannung und das autogene Training zur Verfügung oder auch Entspannungsmethoden aus dem asiatischen Kulturkreis – wie Yoga, Tai Chi, Qi Gong, Aikido usw. Vielen Menschen haben sie zur Gesundheit und Entspannung verholfen, andere lehnen sie als fremd und „spinnert“ ab. Hier muss jeder seinen eigenen Weg finden.

Die wichtigste körperliche Einflussquelle auf Stress und ebenso auf Angstgefühle ist – so simpel es sich anhört – bewusstes Atmen (siehe auch DP 3/05 ab Seite 26 „Atmen ist mehr als Luftholen“, die Redaktion). Im Stress wird die Atmung eher flach und schnell, das signalisiert dem emotionalen Gehirn jedoch auch weiterhin Gefahr. Puls und Blutdruck bleiben oben. Indem man bewusst langsam und tief atmet, kann man diesem negativen Selbstläufer entgegenwirken. Es kommt jedoch darauf an, nicht bloß einmal tief einzuat-

men und dann mit aufgeblähtem Brustkorb dazusitzen, sondern über einige Minuten ruhig zu atmen und dabei länger auszuatmen.

Nun gibt es gerade im Polizeibereich Arbeiten, die immer Stress belastet bleiben – wie kann das soziale Umfeld helfen?

Es gibt eine Reihe arbeitspsychologischer Untersuchungen, die darauf hinweisen, dass Stress durchaus mit dem sozialen Umfeld verzahnt ist:

Wenn die Arbeit sehr Stress belastet ist, so ist die soziale Unterstützung von Kolleginnen und Kollegen, aber ganz besonders von Vorgesetzten, äußerst wichtig. Dadurch wird das negative Empfinden stark gedämpft und langfristige Krankheitsentwicklungen bleiben viel häufiger aus, wenn man sich wertgeschätzt fühlt und auf Hilfe in der Not vertrauen kann. Aber nicht jeder ist mit einem guten Betriebsklima

gesegnet oder mit Vorgesetzten, die ihrer persönlichen Fürsorgepflicht nachkommen. Dann bleibt nur, selbst dafür zu sorgen, dass

man ein soziales Unterstützernetzwerk zusammenstellt. Es scheint trivial, aber sich Probleme von der Seele zu reden und dabei auf Verständnis oder Lösungsansätze zu stoßen, kann ungemein entlastend sein.

Wer über seinen Stress redet, wird oft als jemand eingestuft, der den Anforderungen nicht genügt oder seine Arbeit auf andere abzuwälzen versucht ...

Solche Reaktionen finde ich unprofessionell, wenig kollegial und wenig hilfreich. Sie zeugen von geringer Menschen- und Aufgabenkenntnis, von mangelnden Führungsqualitäten bei Vorgesetzten. Aber ich weiß auch, dass es solche Reaktionen häufig gibt.

Zu bedenken ist aber Folgendes: Hierbei geht es ja gerade nicht um Pflichtverletzung und Arbeitsverweigerung, sondern

Die GdP erarbeitet zurzeit eine CD zum Thema Stressbewältigung – u. a. mit genauen Anleitungen für Entspannungsübungen. DP wird berichten.

STRESS IM DIENST

Stressmanagement	kognitive & emotionale Einstellung	körperliche Aktivität	Verhalten: technisch & organisatorisch	soziale Beziehungen soziale Unterstützung
allgemeine Vorbeugung	positive Lebenseinstellung & Selbstwert, Meditation, Zuversicht & Zufriedenheit generieren, emotionale Umwertung von Aufgaben	Ausdauersport, Aikido, Entspannungstechniken, Yoga, Qi Gong, Tai Chi, gesunde Ernährung	Zeitmanagement, Problemlösestrategien, Konfliktlösungskompetenz, Arbeits(ein)teilung, Verhaltenstraining	Familien- und Freundeskreis aktivieren, soziale Kontakte und Netzwerke aufbauen, Nein!-Sagen können & Grenzen ziehen
unmittelbar vor einer Stresssituation	mental auf Situation einstelle, antrainierte Verhaltensmuster vergegenwärtigen, Selbstkonfirmation	Übungen zur Energiebereitstellung (Qi Gong), Entspannungsübungen, Atemübungen	Checklisten, Ablaufschema, Störungen ausschließen, nach Prioritäten arbeiten, delegieren,	Rückversicherung auf Hilfe in der Not, Coaching oder Beratung, Mitstreiter & Befürworter aktivieren Unterstützung organisieren
während einer Stresssituation	positives Mantra, Fokus auf Ziel, Wahrnehmungslenkung, Übungen der Achtsamkeit, 2-Blätter-Methode	tiefes bewusstes Atmen, Progressive Muskelentspannung, kurzzeitig herumlaufen	Selbstdisziplin, am Schema abarbeiten, Zwischenzusammenfassungen, Überblick verschaffen, Pausen	Unterstützung erfragen, kurze Gespräche suchen
nach der Stresssituation	Erfolg bzw. Durchhalten wahrnehmen und „feiern“, Erfahrungen reflektieren, Entspannung durch Musik, Lernen & Konsequenzen ziehen	austoben & ausruhen, laufen, tanzen, spielen, schwimmen, Sauna, Massage, schlafen	Checklisten erstellen oder verbessern, Prioritäten neu ordnen, Zeitmanagement verbessern	mit vertrauten Personen darüber reden, Trost und Verständnis einholen, im geselligen Kreis entspannen, professionelle Betreuung

Tabelle A: Beispiele für Methoden des Stressmanagements, gegliedert nach Zeitpunkt und Aktivitätsbereich

darum, die eigene Arbeitskraft und Gesundheit so einzuteilen, dass man auch noch in zwei Wochen oder zwei Jahren für die Aufgaben der Polizei zur Verfügung stehen kann.

Und dazu gehört, auf die Probleme deutlich aufmerksam zu machen.

Es gibt in der Polizeiarbeit viele unvermeidbare spezifische Stressfaktoren. Oft bleibt einem in erster Linie nur, diese Belastungen zu kompensieren. Es gibt jedoch mindestens ebenso viele vermeidbare und unnötige Stressoren. Es gleicht der Situation von Sisyphos, wenn man sie ständig neu durch persönliches Gegensteuern ausgleichen will. Man sollte stattdessen die Initiative ergreifen und versuchen, im Kollegengespräch, durch Aussprache mit Vorgesetzten, über den Personalrat oder mit gewerkschaftlicher Hilfe **grundsätzlich** Abhilfe zu schaffen.

Das Gesprächsführte Marion Tetzner

Was muss und kann institutionell getan werden?

Im Zuge der Gesundheitsprojekte der 80er und 90er Jahre wurden unter dem Logo „Humanisierung der Arbeitswelt“ insbesondere die Stressbelas-

men möchten, werden mitleidig oder herablassend belächelt. Gelegentlich wird auch eine übertriebene Anspruchshaltung der Beschäftigten unterstellt. Und „leere

werden können und sich Fehlzeiten häufen, auch der Arbeitsablauf kann massiv gestört werden, es kommt zu inneren Konflikten, die unnötig Kräfte binden, zur Häufung von Fehlern und zu deren Vertuschung. Ein gravierendes Problem entsteht, wenn sich viele Mitarbeiter zum Selbstschutz vor Überforderung in die innere Immigration begeben und nur noch das nötigste Engagement zeigen. Nicht selten ist zu beobachten, dass ganz engagierte Mitarbeiter irgendwann Stress bedingt die „Brocken hinschmeißen“.

Gefährdungsanalyse ist Pflicht

Zu den Pflichten des Arbeitgebers gehört eine regelmäßige Gefährdungsanalyse an den Arbeitsplätzen und in den Tätigkeitsbereichen. Eine Gefährdungsanalyse zum Bereich der psychischen Belastungen am Arbeitsplatz schien zunächst vielen Arbeitgebern als undurchführbar, nach dem Motto: Wie soll man das messen? Inzwischen stellen renommierte Institute und Universitäten solche Erhebungsinstrumente zur Verfügung. In der freien Wirtschaft sind in weitaus mehr Betrieben Gefährdungsanalysen zur psychischen Belastungen gemacht worden als bisher im öffentlichen Dienst. Das verwundert, wo doch der quasi allerobere Dienstherr, das Parlament, dieses Gesetz beschlossen hat. Es liegt also nicht an den fehlenden Instrumenten, sondern am fehlenden Problembewusstsein oder Willen.

Ein erster Einstieg in die Ge-

Arbeitsschutzgesetz

Im bereits 1996 in Kraft getretenen Arbeitsschutzgesetz geht es insbesondere um Maßnahmen zur Verhütung von arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren einschließlich Maßnahmen der menschengerechten Gestaltung der Arbeit, wie es in § 2 des Gesetzes heißt. Mit einbezogen ist hier der Schutz vor psychischen Belastungen und ihren negativen Auswirkungen.



tungen am Arbeitsplatz grundlegend untersucht. Die Zahl der wissenschaftlichen Veröffentlichungen zu diesem Thema ist gar nicht mehr abzuschätzen.

Erstaunlich daher, dass in vielen Dienststellen dieses Thema immer noch ignoriert wird. Personalräte, die etwas dazu unterneh-

Kassen“ scheinen das entscheidende Argument geworden zu sein, um alle Ansprüche auf eine gesunde Arbeitsumwelt wegzudiskutieren.

All das zeugt von außerordentlich wenig Problembewusstsein und Weitsicht. Denn nicht allein, dass Beschäftigte ernsthaft krank

fährungsanalyse würde ein anonymer Fragebogen an alle Beschäftigten einer Dienststelle sein. Dort würden Fragen etwa zu folgenden Bereichen gestellt: Arbeitsorganisation, Zeitdruck; Störungen; Arbeitszeiten; Abwechslung, Verantwortung, persönlicher Einflussrahmen auf die ausgeübte Tätigkeit; Arbeitsplatzzufriedenheit; Betriebsklima, Konflikte und andere soziale Belastungen; Vereinbarkeit von Familie, Privatleben und Arbeit; Anerkennung; Verhalten von Kollegen und Vorgesetzten.

In allen diesen Fragestellungen können gehäufte psychische Belastungen verborgen sein. In der Auswertung einer solchen Befragung, die zwar anonym bleibt, aber statistisch auf Tätigkeitsbereiche oder Abteilungen herunter gebrochen werden kann, stellen sich regelmäßig bestimmte Bereiche oder bestimmte Tätigkeiten als belastet heraus.

In einem nächsten Schritt würde eine mit den Daten ausgestattete Kommission kleine Gesprächskreise bilden, in denen die Probleme angesprochen und damit detaillierter ermittelt werden können.

Diese Gefährdungsanalyse darf selbstverständlich kein bürokratischer Selbstzweck sein. Auf die Ermittlung von Risikobereichen sollte die Diskussion über Abhilfe beginnen und auch praktisch umgesetzt werden.

Maßnahmen zur Stress-eindämmung

Die Zielstellung kann nicht sein, jedweden Stress aus der Arbeit der Polizeiarbeit zu eliminieren. Das Ziel kann aber sein, möglichst viele unnötige und chronische Stressquellen zu erkennen und in ihrer Wirksamkeit einzudämmen oder ganz zu beseitigen.

Maßnahmen der Vorbeugung könnten sein:

- Ständig weiter verbesserte Schulungen und Trainings für risikoreiche Situationen,
- Trauma-Prävention,
- Erhalten des Sportangebots auf hohem Niveau sowie Verpflichtung, Sport zu treiben,

- Schulungen und Anleitungen zum Zeitmanagement und zur Arbeitsorganisation,
- Informationsmaterial und Infoveranstaltungen zum Stressmanagement (lässt sich gemeinsam mit Krankenkassen organisieren),
- Führungskräfte-schulungen mit Thema Stressursachen/-bewältigung anreichern.

Maßnahmen für den Dienstalltag (Monitoring) könnten sein:

- Eine Dienstanweisung für das Umgehen mit Stress im Polizeialltag herausgeben,
- Thema Stressbewältigung in Dienstbesprechungen behandeln,
- Kollegen, die unter Stress leiden, persönlich ansprechen und unterstützen,
- Entschärfung von belastenden Situation organisieren,
- Verantwortung als Führungskraft im Sinne von Stressprävention wahrnehmen (Mitarbeitern im normalen Dienstalltag Freiräume zur selbst bestimmten Organisation der Arbeit gewähren; dagegen in extremen Situation durch Präsenz, Fürsprache und praktische Unterstützung wirken)

Maßnahmen für die Betreuung von Stressopfern könnten sein:

- Betreuungs- und Beratungsangebote für traumatisierte Kolleginnen und Kollegen,
- Kurse für Methoden der Stressbewältigung anbieten,
- gezielte Wiedereingliederungsmaßnahmen nach stressbedingter Erkrankung.

Feld für Personalräte

Gesundheitsschutz ist für die Personalräte ein zentrales Aufgabengebiet, in dem ihnen entsprechende Rechte zur Seite stehen. Ein Personalrat kann initiativ werden und eine entsprechende Dienstvereinbarung „Umgehen mit psychischen Belastungen und Stress am Arbeitsplatz“ auf den Weg bringen. Er kann auch den Arbeitgeber mit Nachdruck auffordern, die erforderliche Gefährdungsanalyse durchzuführen, die Konsequenzen aus den Ergebnissen zu ziehen und prak-

Polizisten-Befragung in Österreich

Vor 5 Jahren wurden österreichische Polizisten per Internet nach ihrem Stresserleben und deren Verarbeitung befragt sowie über Belastungsstörungen und das posttraumatische Stresssyndrom als Folge von traumatisierenden Situationen. Zwar kann die Befragung nicht als repräsentativ angesehen werden, dennoch lieferten die Ergebnisse einen überzeugenden Einblick über die Belastungsursachen und Stressfolgen. Die zehn am häufigsten angekreuzten Belastungsfaktoren waren (in dieser Reihenfolge):

- Unglücke mit Kindern
- Unglück eines Kollegen
- Überbringen einer Todesnachricht
- durch den Beruf bedingte private Probleme
- eigener Schusswaffengebrauch
- angespanntes Klima unter Kollegen
- Verkehrsunfall mit Toten und Schwerverletzten
- Gewalt (Konfrontation mit Gewalttätigen)
- nahestehende Personen als Opfer
- Probleme mit Vorgesetzten

Dabei kann sich Stress unterschiedlich auswirken, auch durchaus positiv:

Positive Auswirkungen von Stress: 59 % bewerteten Stresssituationen als Quelle für einen größeren Erfahrungsschatz. 53 % wurden sich der Wichtigkeit von Eigensicherung bewusster. 35 % fanden berufliche Stresssituationen als Anlass zu bewusster Lebensführung. Hier ist anzumerken, dass die positive Wirkung nicht in der Stresssituation selbst erlebt wird, die bleibt belastend, sondern in der Nachbetrachtung. Die negativen Auswirkungen dominieren jedoch deutlich.

Negative soziale Auswirkungen: Über 60 % berichteten über Streitigkeiten infolge von Stress, 45 % über Probleme in Partnerschaft/Familie. Bei 36 % nahmen die Freizeitaktivitäten ab und 32 % beklagten den Verlust von Freundschaften, vermutlich weil immer weniger Zeit für das Pri-

vatleben bleibt. Schließlich erappten sich 22 % dabei, dass sie zu ungerechter Behandlung der Mitmenschen neigen.

Negative körperliche Auswirkungen: U. a. Schlafstörungen, die von 58 % erlebt wurden. Ermüdungserscheinungen hatten 51 %. 38 % berichteten von Magen- oder Herzproblemen. Bei 23 % hat sich hoher Blutdruck eingestellt. Mehr als ein Drittel versuchte, Stress mit erhöhtem Nikotin- oder Alkoholkonsum unter Kontrolle zu bringen (35%).

Negative berufliche Konsequenzen: Verminderte Arbeitsmotivation wurde von zwei Dritteln der Stressgeplagten genannt (65 %). Fast die Hälfte machte sich Gedanken über einen Berufswechsel (47 %). Beinahe ein Drittel (31 %) erlebte die stresstypische Blockierung von Gedanken. Bei 7,5 % trat eine Dienstunfähigkeit ein.

Negative psychische Auswirkungen: Von 73 % der Befragten wurde Gereiztheit als Auswirkung genannt. Gefühlskälte traf für 46 % zu, während 41 % von Selbstzweifeln geplagt wurden. Nervosität wurde von weiteren 27 % angegeben, Mutlosigkeit (22 %), Angst (19 %) bis hin zur Depression (16 %).

Wie bewältigen Polizisten diese Belastungen? Nach den Auskünften der Befragungsteilnehmer wird Stressbewältigung als privates Problem angegangen. Nur 11,5 % der befragten Personen gaben an, fremde oder professionelle Hilfe in Anspruch genommen zu haben. 10 % versuchten sich abzulenken. Etwas mehr als die Hälfte (52 %) versuchte, die soziale Verarbeitung von Stresserlebnissen durch Gespräche mit Freunden, Familie oder Kollegen zu bewerkstelligen.

Viele machten es mit sich selber aus und versuchten durch systematische Problemanalyse für die Zukunft vorzubauen. Bedenklich ist jedoch das Ergebnis, dass 43 % trotz hoher Belastungen nur wenig oder gar nichts unternahmen.

STRESS IM DIENST

tische Abhilfe zu schaffen. Die meisten Maßnahmen gegen Stress sind für den Arbeitgeber nicht sehr teuer, es geht in erster Linie um die Vermittlung von Know-how und es geht häufig um die Eindämmung von Stressoren durch verfehlte Arbeitsorganisation und Führungstätigkeit.

Teuer wird es, wenn nichts gegen Stress unternommen wird.

Ansprechpartner zum Thema Gefährdungsanalyse psychischer Belastungen

Bundesverband der Unfallkassen www.unfallkassen.de
Eine Broschüre & Checklisten zum Thema unter:
www.regelwerk.unfallkassen.de/daten/

TU Dresden, Professur für Arbeits- und Organisationspsychologie
www.psychologie.tu-dresden.de/i3/aos/reab-as/rechts.html

(vertreiben über ihre Gesellschaft für Wissens- und Technologietransfer der TU Dresden eine Software mit Namen REBA_AS zu Erhebung psychischer Belastungen)

Büro für Arbeitsschutz, Hamburg
(praktische Gefährdungsanalysen in Betrieben in Zusammenarbeit mit Betriebsräten)
www.buero-fuer-arbeitsschutz.de

Gesellschaft für Arbeitswissenschaft e. V.
www.gfa-online.de

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin
www.baua.de

Zentralstelle für Arbeitsschutz beim BMI-Unfallkasse des Bundes
Arbeitshilfe zur Ermittlung von arbeitsbedingten Gefährdungen
www.uk-bund.de

Siehe auch Buchtipp Seite 32

Preis ausschreiben

Bundevorsitzender Konrad Feiberg lädt zum Gespräch

Bei der Polizei beschäftigt zu sein ist wahrlich kein Spaziergang. Bestimmt könnten viele über all die Belastungen und Gefahren stundenlang erzählen und seitenweise schreiben.

Aber der Beruf hat bei weitem nicht nur Schattenseiten. Er ist durchaus interessant, anspruchsvoll und abwechslungsreich.

Ganz sicher ist jeder schon mit einer besonderen Zufriedenheit nach dem Dienst nach Hause gegangen, hat sich über besondere Erfolge freuen können. Genau diese Fälle suchen wir, um auch einmal das Befriedigende am Polizeiberuf ins Blickfeld zu rücken. Die Lichtblicke sozusagen.

Also, liebe Kolleginnen und Kollegen, schildert uns doch ein beeindruckendes Erlebnis aus eurem Berufsalltag, durchforstet gedanklich euren Dienst nach den positiven Seiten eures Jobs. Eure Zuschriften – und Fotos, falls ihr habt – wollen wir in DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichen.

Als Anreiz für eure Mühe setzen wir die folgenden Preise aus:

1. bis 3. Preis:
Der GdP-Bundevorsitzende lädt zum geselligen Abendessen mit drei Kolleginnen/Kollegen ein.

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



4. bis 10. Preis:
Lightpan Professional



11. bis 20. Preis:
Kugelschreiber Saturn



Einsendeschluss:
24. Januar 2006
Die Gewinner geben wir in der März-Ausgabe bekannt.

*Schickt eure Zuschriften unter dem **Kennwort Lichtblicke** an:*

*Gewerkschaft der Polizei
Redaktion
DEUTSCHE POLIZEI
Stromstr. 4
10555 Berlin*

*oder per **E-Mail:**
gdp-redaktion@gdp-online.de
oder per **Fax:** (030) 39 99 21 190*

UNIFORMEN: Hamburg gibt ab

Die FHÖV/Polizei bietet diverse Uniform-Bekleidungsstücke unserer alten Uniform (beige/grün), kostenlos an Selbstabholer an.

Es handelt sich um Parka, Outdoor-Pullover, Uniformjacken und diverse Hosen.

Bis auf die Hosen sind die Bekleidungen katalogisiert nach Größen und Damen/Herren-Artikeln.

Es sind teilweise getragene und ungetragene Bekleidungsartikel.

Da es sich bei diesem Umfang um einen erheblichen Wert handelt, möchten wir diesen weiter-

hin einer dienstlichen Verwendung zuführen.

Anfragen bitte an:
FHÖV/Polizei, Axel Schirrow,
Braamkamp 3, 22297 Hamburg
Tel.: 040/ 428 66 88 24 (7.30-16.00 Uhr)
Fax: 040/ 428 66 86 09 E-Mail:
axel.schirrow@thoevp.hamburg.de

Heikle Mission in der Slowakei:

EuroCOP interveniert zur Unterstützung der Polizeigewerkschaft

Grund der ganzen Aufregung war eine Zuspitzung von Konflikten über Bezahlung und soziale Absicherung von Polizisten zwischen der Gewerkschaft und dem Innenministerium, die mit dem einseitigen Abbruch der Beziehungen zur Gewerkschaft seitens des Innenministers und der Degradierung von Mitgliedern der Gewerkschaftsführung Ende Oktober einen vorläufigen Höhepunkt gefunden hatte. Prominentestes Opfer war der Vorsitzende der Polizeigewerkschaft, Miroslav Litva, der kurzerhand vom Direktor im Innenministerium zum Sachbearbeiter einer technischen Abteilung degradiert worden war.

Diese jüngste Eskalation hatte mit einer friedlichen Demonstration von ebenfalls rund 3.000 Angehörigen der Slowakischen Polizei am 25. Oktober begonnen. Die



Polizeidemonstration am 3. Dezember 2005 in der slowakischen Hauptstadt Fotos: Vellemann

Polizeigewerkschaft hatte zu der Demonstration aufgerufen, nachdem in monatelangen Verhandlungen keine Einigkeit mit dem Ministerium über die Bewertung des Budgets der Polizei für 2006 und die damit verbundene Frage einer Anhebung der Löhne in der Polizei erreicht werden konnte. Der Innenminister reagierte wenig begeistert auf die Demonstration, die in den Medien und in der Öff-

Am Samstag, dem 3. Dezember 2005, bot sich den Einwohnern der Hauptstadt der Slowakei ein ungewöhnliches Bild: Gemeinsam mit ca. 3.000 Polizistinnen und Polizisten demonstrierten knapp 60 Kolleginnen und Kollegen aus den 20 in EuroCOP vertretenen Ländern auf dem Platz des Friedens dafür, dass die Slowakische Regierung sich an die in der EU üblichen Gepflogenheiten im Umgang mit der Polizeigewerkschaft hält. Vorgegangen war eine kurzfristig anberaumte Sonderkonferenz von EuroCOP, sowie Gespräche des EuroCOP Präsidenten Heinz Kiefer mit politischen Vertretern in der Slowakei, unter anderem dem Innenminister, Vladimir Palko.

fentlichkeit breite Unterstützung fand. Er brach die Verhandlungen mit der Gewerkschaft ab, Degradierte den Vorsitzenden und weigerte sich, die gewählte Führung der Gewerkschaft in Zukunft als Verhandlungspartner anzuerkennen. Gleichzeitig machte er unmissverständlich klar, dass jeder Polizist, der sich an weiteren Aktionen der Gewerkschaft beteiligen sollte, ebenfalls mit dienstlichen Konsequenzen wegen der Verletzung der Treuepflicht zu rechnen habe.

Auf nationaler Ebene war die Situation damit festgefahren: Politisch sitzt Innenminister Palko fest im Sattel, da er gleichzeitig Vorsitzender einer der Koalitionsparteien in der Slowakischen Regierung ist – eine Maßregelung durch den Ministerpräsidenten hätte damit sofort zu einer Regierungskrise geführt. Knapp ein Jahr vor den im September 2006 stattfindenden Neuwahlen, wäre das ein harter Rückschlag für alle Koalitionäre. Damit blieb den Kollegen der Polizeigewerkschaft nur noch ein Ausweg: Kurz vor der Herbst-

tagung des EuroCOP-Komitees in London, wandten sie sich an EuroCOP und baten um Unterstützung.

Was folgte war eine umfangreiche Unterstützungskampagne, die mit einer unmissverständlichen Erklärung der Versammlung der EuroCOP-Mitgliedsorganisationen, des EuroCOP-Komitees am 3. November in London begann. Die Forderungen waren klar: Anerkennung der Gewerkschaft, Rehabilitierung des Vorsitzenden und Rücknahme der Drohungen gegenüber Gewerkschaftsmitgliedern.

Genauso entrüstet wie die Vertreter der Mitgliedsorganisationen von EuroCOP zeigte sich auch das Europäische Parlament (EP) und der Europäische Gewerkschaftsbund, EGB, nachdem EuroCOP über die Vorgänge in der Slowakei berichtet hatte. Unter der Führung des ehemaligen dänischen Premierministers Paul Nyrup Rasmussen, der dem Europäischen Parlament seit 2004 angehört, setz-

te das EP für den 1. Dezember eine Sonderdebatte zur ‚Lage der Polizei in der Slowakei‘ an und zitierte dazu auch die Kommission zu einer Stellungnahme ins Parlament. In der Debatte wurde unmissverständlich klar, dass das Europäische Parlament nicht gewillt war, derartige Vorgänge in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union zu dulden. Auch der Vertreter der Kommission, Lazlo Kovac, teilte mit, dass die Kommission die Vorgänge in der Slowakei untersuchen und eine mögliche Vertragsverletzung durch die Regierung der Slowakei prüfe. Einzig zwei Parteikollegen des Innenministers



EuroCOP-Präsident Heinz Kiefer konnte nach dem vierstündigen Gespräch mit dem slowakischen Innenminister den Medien verkünden: Es wird grundsätzlich einen Neuanfang mit der Gewerkschaftsführung geben.

aus der Slowakei, versuchten, den Standpunkt des Innenministers zu verteidigen.

Am Tag darauf war dann EuroCOP in der Slowakei am Zug: In einem vierstündigen Gespräch mit dem Innenminister bemühte sich EuroCOP Präsident Heinz Kiefer darum, die Weichen für einen Neuanfang zwischen Gewerkschaft und Innenminister zu stellen. Mit einigem Erfolg: Am Ende des Gesprächs konnte Kiefer den vor der Tür wartenden Journalisten mitteilen, dass der Minister seine harte Haltung aufgegeben hatte und grundsätzlich zu einem Neuanfang mit der

Gewerkschaftsführung bereit war. Gleichzeitig distanzierte er sich ausdrücklich von Drohungen mit dienstlichen Konsequenzen gegenüber Gewerkschaftsmitgliedern und kündigte an, für die Zukunft eine Freistellung der Gewerkschaftsführung einzuführen. Bisher konnte die Gewerkschaftsarbeit ausschließlich in der Freizeit stattfinden.

Das Ergebnis der Gespräche zwischen Heinz Kiefer und dem Innenministerium wurde am Folgetag von den Kollegen der Polizeigewerkschaft der Slowakei mit vorsichtigem Optimismus begrüßt, war doch das Eis damit zunächst gebrochen, wenn auch längst nicht alle Differenzen beigelegt waren. Nicht zuletzt steht eine vollständige Rehabilitierung der degradierten Gewerkschaftsmitglieder noch aus. Gleichzeitig muss das zerstörte Vertrauen zwischen Gewerkschaft und Innenministerium erst langsam wieder wachsen.

Über EuroCOP konnte allerdings erreicht werden, dass die tatsächliche Umsetzung der Ergebnisse des Gesprächs mit dem Minister nun auch vom Europäischen Parlament und von der EU Kommission beobachtet wird. Das Recht zur Gründung von Berufsvertretungen ist in den europäischen Verträgen genauso verankert, wie auch die daraus abzuleitenden Diskriminierungsverbote gegenüber Gewerkschaftsmitgliedern und erst recht deren gewählten Vertretern.

Für die Kollegen in der Slowakei ist damit klar, dass sie mit ihren Problemen in Europa nicht alleine stehen. Neben der wichtigen Erfahrung der Solidarität von Kollegen aus ganz Europa, steht ihnen mit EuroCOP eine effiziente Organisation zur Verfügung, die ihnen hilft, wenn es auf der nationalen Ebene nicht weitergeht und die auch dazu in der Lage ist, Regierungen an ihre mit dem Beitritt zur EU eingegangenen Verpflichtungen zu erinnern, wenn das nötig wird.

JV



INTERNET

Mitgliederbereich rund um die Uhr geöffnet

1 Million klicken pro Monat auf www.gdp.de

„Wo die Mitglieder sind, muss auch die GdP sein“, ist einer der Grundsätze, dank derer die Gewerkschaft der Polizei in über fünf Jahrzehnten ihres Bestehens zur größten Berufsvertretung der Polizeibeschäftigten gewachsen ist. Erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit lässt sich nicht von fernen Zentralen aus gestalten, sondern geschieht vor Ort. Hunderte ehrenamtlicher Gewerkschafter, Arbeiter, Angestellte, Polizeibeamtinnen und -beamte, sind im ganzen Land täglich für ihre Kolleginnen und Kollegen aktiv. So selbstverständlich wie der persönliche Kontakt, ist inzwischen auch die Begegnung im so genannten Cyberspace geworden, dem weltweiten virtuellen Datenraum ohne topographische Lokalität. Erstmals hat in Deutschland die Zahl der Internetnutzer (Onliner) im Jahr 2005 die Zahl der Menschen überholt, die dieses Medium nicht nutzen (Offliner). Damit sind 55 Prozent der Bevölkerung online, das entspricht 35,7 Millionen Menschen über 14 Jahre. Im Jahr 2006 kommen, so ergaben Umfragen, weitere 4,1 Millionen Bundesbürger hinzu. Damit hat sich das Internet als wichtiges Informations- und Kommunikationsmittel etabliert.

Seit Dezember 1996 ist die Gewerkschaft der Polizei „im Netz“. Unter der Adresse „www.gdp.org“ wurde damals die Seite rund 4.500-mal im Monat angeklickt. Mit der Jahreswende 2005/2006 überschreitet die Anzahl der Hits pro Monat auf der GdP-Seite erstmals die Millionengrenze.

Ab sofort „www.gdp.de“ hieß es am 18. September 2001, als knapp ein Jahr nach der erneuten Überarbeitung des GdP-Internetauftritts von der damaligen Domain www.gewerkschaftderpolizei-online.de Abschied genommen werden konnte.

Pionierarbeit

Eine Fachzeitschrift schrieb: „Die GdP zählte zu den Pionieren unter den Gewerkschaften im Internet“, da sowohl der GdP-Bundesvorstand als auch die Landesbezirke schon lange eigene Websites betrieben. Eine koordinierte Kommunikation im Internet fand jedoch nicht statt. Die einzelnen Websites entstanden in Eigenregie, sie waren unterschiedlich gestaltet und zum Teil technisch veraltet.

Zeitenwende

Eine Zeitenwende leitete der 22. Ordentliche Bundeskongress 2002 in Magdeburg ein, als er den

Bundesvorstand beauftragte, die gesamte Internet-Präsenz der GdP neu zu gestalten. Bund, Landesbezirke und Bezirke BKA und Bundespolizei, sollten einheitlich in Architektur und Gestaltung auftreten. Für die Mitglieder sollte ein geschlossener Bereich mit umfassenden Informationen und Service-Angeboten geschaffen werden. Als Webportal sollte der GdP-Auftritt versuchen, verschiedene regelmäßig benötigte Dienste zu bündeln und eine Übersicht für den Einstieg in die vielen Themenkomplexe zu schaffen.

Viele Köche

Eine GdP-Web-Arbeitsgemeinschaft, bestehend aus Gewerkschaftssekretären der Landesbezirke, der Abteilung EDV der Organisations- und Service-Gesellschaft der Gewerkschaft der Polizei mbH (OSG) und der Bundespressestelle der GdP, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit, übernahm unter der Leitung von Jörg Radek, zuständig für Kommunikationstechnik im Geschäftsführenden Bundesvorstand, Planung und Konzeption des Projektes. Für den öffentlichen und den geschlossenen Bereich sollte ein gemeinsames System genutzt werden, um Aufwand, Komplexität und Kosten gering zu halten. In Zusammenarbeit mit der Software & Consulting GmbH TIMETOACT, Spezialist für Content Management, eBusiness und eCommerce in Köln, wurde es realisiert.

INTERNET

innerhalb des Web-Portals www.gdp.de.

Aktuelle Nachrichten

In ihrer täglichen Arbeit produzieren die GdP-Web-Redakteure aktuelle Reportagen, Nachrichten aus Polizei und innerer Sicherheit, stellen die Leistungen der GdP dar, verschaffen Zugang und Kontakt zur Organisation und erleichtern den schnellen Zugriff auf Spezialinteressen.

Pressearchive

So wird der aktuelle Pressepiegel im geschlossenen Mitgliederbereich zum Download zur Verfügung gestellt. Er informiert in Bund und Ländern re-



Vorträgen oder überraschenden Interviewanfragen.

DEUTSCHE POLIZEI – die komplette Ausgabe

Die aktuelle Ausgabe der GdP-Fach- und Mitgliederzeitschrift DEUTSCHE POLIZEI sehen Mitglieder bereits im Internet, bevor sie der Postbote wenige Tage später in den Briefkasten steckt. Hier sind nicht nur der Bundesteil und der jeweilige

Link-Sammlungen und Software-Tipps.

PC-Sicherheit

Auch das Jahr 2005 war das Jahr der Würmer und Viren. Die Attacken auf den heimischen Rechner werden auch in Zukunft nicht abnehmen. Autor Peter Huth zeigt, welche Möglichkeiten der Anwender hat, seinen privaten Rechner vor Schädlingen zu schützen.

Mit Schritt-für-Schritt-Anleitungen und praktischen Tipps erfahren GdP-Mitglieder anschaulich und in verständlicher Sprache, wie sie ihren Rechner sicherer machen können. Abbildung geben zudem Anleitungen.

Stellentausch

„Polizeihauptmeister aus sucht Tauschpartner in ...“ die GdP-Internet-Tauschbörse für Arbeiter, Angestellte und Beamte hat schon manchen an seinen Wunschwohntort „bewegt.“ Hunderte von Tauschgesuchen sind in den wenigen Monaten seit Mai 2005 eingetroffen. Der Clou: Die Tauschangebote können alle sehen, also auch Nicht-Mitglieder. Ein Tauschgesuch aufzugeben bleibt das Privileg der GdP-Mitglieder. Meldet sich ein Interessent, so erhält derjenige automatisch eine Nachricht mit den Kontaktdaten desjenigen, der das Gesuch aufgegeben hat. So kann er, wenn er will, seine Anonymität wahren, oder den Kontakt herstellen.

Fachbereiche

Die Fachbereiche der GdP-Bundesgeschäftsstelle stellen ihre speziellen Informationen auf ihren eigenen Seiten zur Ver-

fügung, die Wasserschützer ebenso wie die Kriminalisten, die Senioren wie die JUNGE GRUPPE.

Fußballweltmeisterschaft

Mit einem breit angelegten Konzept zur Betreuung unserer eingesetzten Kolleginnen und Kollegen während der Einsätze zur Fußballweltmeisterschaft in diesem Jahr wird die GdP das Großereignis begleiten. Natürlich auch auf www.gdp.de.

Foren

Interne Foren laden jedes Mitglied ein, seine Meinung zu äußern und Informationen auszutauschen. Da die GdP-Gemeinschaft im geschlossenen Mitgliederbereich, der besonders gesichert ist, unter sich ist, gilt das Prinzip des „offenen Visiers“. Persönliche Daten sind für andere Mitglieder nicht generell einsehbar. Bei der Teilnahme an Diskussionsforen wird für andere Mitglieder der richtige Name sichtbar.

Persönliche Sicherheit

Auf den Seiten der Länder und des Bundes können viele Angebote bereits online wahrgenommen werden, wie zum Beispiel Bestellungen oder die Beantragung des GdP-Mitgliedsausweises. Auch ist die Änderung der eigenen Adresse möglich. Die Telefonnummern dienen gegebenenfalls auch dazu, Mobile Dienste anzubieten (z.B. SMS Info-Dienste).

Die E-Mail-Adresse wird ebenfalls für Informationsdienste genutzt (z.B. für den Newsletterversand). Die Mitgliederdaten werden zudem für Meinungsumfragen und für Informationsschreiben genutzt (per Post und per E-Mail/Internet). Mit allen Daten geht die GdP sehr sorgfältig um. Deshalb bedient sich der geschlossene Mitgliederbereich des verschlüs-



gelmäßig über Veröffentlichungen von GdP-Statements, -Interviews und -Hintergründen in Tageszeitungen, Zeitschriften sowie Internet-Medien. Ende August 2004 eingerichtet, wächst er kontinuierlich zu einer zugriffsfähigen Medienarchiv-Datenbank über nahezu alle Themen aus Polizei und Innenpolitik.

Positionsbestimmung

GdP-Positionspapiere zu den relevanten Themen aus Polizei und Gewerkschaftsarbeit (aktuell: „Auslandseinsätze“), von Experten erarbeitet und den Gremien beschlossen, geben sicheren Halt in Diskussionen, bei

Landesteil zu finden. Der DP-Sammelband enthält alle Landesausgaben, einschließlich der Bezirke BKA und Bundespolizei. Erstmals erhalten GdP-Mitglieder nun also nach wenigen Klicks fundierte und aktuelle Informationen über die GdP-Arbeit in allen Ländern und Bezirken.

Medienbibliothek

Hilfreiche Informationen zu verschiedensten Themen fasst das Menü „GdP-Medien“ zusammen. Zugreifen können Mitglieder unter anderem auf GdP-Arbeitshilfen, die GdP-Schriftenreihe, Themen-Broschüren,



selten https-Codes, erkennbar an der farbig unterlegten URL mit dem Schloss-Zeichen. Dieses sichere Verfahren, bekannt aus dem Onlinebanking, unterscheidet sich erheblich von den einfachen Zugangsvoraussetzungen zahlreicher Web-Seiten, bei denen der Benutzer das Passwort und die Freischaltung ohne Prüfung der Identität per E-Mail zugesandt bekommt.

Freischaltung

Die Freischaltung für www.gdp.de/member erfolgt erst dann, wenn das Mitglied eine Datenschutzerklärung unterschrieben und per Post an die OSG der GdP, EDV-Abteilung, Forststr. 3a, 40721 Hilden, geschickt hat.

Diese Datenschutzerklärung ist Teil der dieser Ausgabe bei-

liegenden Information zum GdP-Webserver. Die Datenschutzerklärung kann aber auch im offenen Bereich des GdP-Webserver aufgerufen und ausgedruckt werden. Das Kennwort für den Zugang zum geschlossenen Bereich wird nach Eingang und Registrierung der Datenschutzerklärung an das Mitglied unverzüglich auf dem Postweg zugesandt.

Es lohnt sich, das Portal zum GdP-Web zu öffnen und die virtuelle Welt der GdP zu betreten. Redaktion und Technik freuen sich über Anregungen und Kritik.

Rüdiger Holecek

Diskussion um Splitting-Praxis

Seit 1958 werden Ehepaare in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Splittingverfahren besteuert: Die Einkünfte der beiden Ehegatten werden zusammengerechnet, durch zwei geteilt und damit unterstellt, dass beide Partner gleichermaßen durch ihren Verdienst zum Familienunterhalt beitragen. Für jede Hälfte wird nun in Anwendung des entsprechenden Steuertarifes die Steuerschuld ermittelt und anschließend verdoppelt (Splittingtarif). Der größte Splittingvorteil von bis zu 660 Euro monatlich entsteht, wenn ein Einkommen von 104.304 Euro jährlich von nur einem Ehegatten erwirtschaftet wird. Denn durch die fiktive Ver-

Steuerrechtlich fragwürdig, familienpolitisch ohne Nutzen und mit Blick auf gleichstellungspolitische Belange sogar schädlich – so charakterisiert ein von der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) gefördertes Gutachten der Juristin Ulrike Spangenberg das Ehegattensplitting. Und andere Untersuchungen bestätigen: Der Splittingeffekt von mehr als 20 Mrd. Euro jährlich entlastet vor allem Einzelverdiener-Ehepaare mit gehobenem bis hohem Einkommen in Westdeutschland, von denen ein Drittel keine Kinder hat.

ner und Alleinerziehende hatten gegen die damals geltende, noch aus der Weimarer Republik stammende, rohe Haushaltsbesteuerung geklagt. Nach diesem System waren die Einkünf-

Wirtschafts- und Verantwortungsgemeinschaft, die beide Partner durch ihre Heirat begründet haben. Auch die neuere Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes scheint diese

Interpretation zu stützen. In nachfolgenden Urteilen ging es davon aus, dass „ein Ehegatte an den Einkünften und Lasten des anderen wirtschaftlich jeweils zur Hälfte teil hat“ und das Splitting „an die wirtschaftliche Realität der intakten Durchschnittsehe“

Ehegattensplitting: Profit mit nur einem Einkommen

Splittingvorteil* bei Zusammensetzung der Ehe-Einkommenshöhe im Verhältnis...

Zu versteuerndes Einkommen	50 : 50	70 : 30	90 : 10	100 : 0
20.000 €	0 €	498 €	1.517 €	2.054 €
35.000 €	0 €	250 €	1.925 €	3.089 €
45.000 €	0 €	356 €	2.308 €	4.004 €
60.000 €	0 €	660 €	3.152 €	5.672 €
120.000 €	0 €	569 €	3.690 €	7.914 €

* Steuertarif 2005; Quelle: Spangenberg 2005 | © Hans-Böckler-Stiftung 2005

teilung der Einkünfte auf beide Partner kann zweimal der Grundfreibetrag in Anspruch genommen werden.

Außerdem wird auf das durch die Teilung geringere (hälftige) Einkommen ein niedrigerer Steuertarif angewendet. Je geringer das Einkommen des Ehepaares ist, desto schmaler fällt der Splittingvorteil aus. Er sinkt außerdem, je partnerschaftlicher sich beide Ehegatten tatsächlich an der Erwirtschaftung des Einkommens beteiligen.

Ursache für die Einführung des Ehegattensplittings, Ende der fünfziger Jahre, war ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes (BVerfGE 6,55). Ehepart-

te der Ehegatten ebenfalls adiiert, das zusammengerechnete Einkommen allerdings dem (höheren) Individualtarif unterworfen worden. Weil dadurch Ehepaare bei der Versteuerung schlechter gestellt wurden als Unverheiratete, hatte das Bundesverfassungsgericht diese Art der gemeinsamen Veranlagung verworfen und das in den Vereinigten Staaten praktizierte Splittingverfahren favorisiert, das sich schließlich auch der Gesetzgeber zu eigen machte. Dabei stütze man sich vor allem auf Artikel 6 (1) des Grundgesetzes, der Ehe und Familie unter den besondern Schutz der staatlichen Ordnung stellt. Demnach ist das Ehegattensplitting Ausdruck der

an knüpft. Daher hält das Bundesverfassungsgericht das Ehegattensplitting nicht für eine beliebig veränderbare Steuervergünstigung, sondern wegen der Teilhabe beider Ehegatten am Einkommen für den Ausdruck der Besteuerung nach Leistungsfähigkeit.

Kritik

Doch in den letzten Jahren ist das Ehegattensplitting zunehmend in die Kritik geraten. Ursache hierfür ist nicht zu letzt die verstärkte Berufstätigkeit verheirateter Frauen, die in Deutschland nie so gut ausgebildet waren wie heute. Im

Grundsatzprogramm des DGB heißt es dazu: „Die Steuervorteile des Ehegattensplittings müssen begrenzt und schrittweise zugunsten eines Familienlastenausgleiches abgeschafft werden.“

Beanstandet wird das Ehegattensplitting vor allem aus drei Perspektiven: steuersystematisch, familien- und gleichstellungspolitisch.

Im deutschen Einkommensteuerrecht gilt der Grundsatz der Besteuerung nach Leistungsfähigkeit. Besteuert werden die jeweiligen Einkünfte abzüglich eines Grundfreibetrages (7664 Euro) und individueller Verluste sowie erwerbsbedingter Aufwendungen. Angewendet wird ein Individualtarif, der mit zunehmender Einkommenshöhe steigt (Steuerprogression, Spitzensteuersatz 42 Prozent). Darüber hinaus können Unterhaltszahlung jedoch nur in Höhe des jeweiligen Existenzminimums steuermindernd geltend gemacht werden.

Dieser Systematik widerspricht das Ehegattensplitting: Ein verheirateter Alleinverdiener kann seine Steuerschuld nicht nur um das Existenzminimum für den anderen Partner mindern. Er kann vielmehr den für seinen Partner zustehenden Grundfreibetrag beanspruchen und kommt zusätzlich in den Genuss einer geringeren Steuerprogression.

Ähnlich wird verfahren, wenn beide Ehepartner in unterschiedlichem Maß zum Einkommen beitragen und die Kombination der Lohnsteuerklassen III und VI gewählt haben: Dem besser Verdienenden in Steuerklasse III werden beide Grundfreibeträge sowie die Pauschalen für Sonderausgaben und Vorsorge zugerechnet. Versteuert wird das Einkommen nach dem Splittingtarif. Steuermindernde Ausgaben kommen folglich beim niedrigeren, „zweiten“ Einkommen des Ehepartners nicht mehr in Abzug; zusätzlich gilt hier der Grundtarif. Sämtliche Freibeträge und steuerlichen Vergünstigungen schlagen sich daher ausschließlich im Nettolohn des Partners nieder, der ohnehin den

höheren Verdienst hat. Das geringere Einkommen des „Zweitverdieners“ wird steuerlich zusätzlich belastet.

Aus diesem Zusammenhang ergibt sich auch die gleichstellungspolitische Kritik am Ehegattensplitting – es verstärkt die Tendenz zur traditionellen Rollenverteilung, die materielle



Foto: ddp

Abhängigkeiten nach sich zieht und finanzielle Spätfolgen haben kann.

Noch immer gibt es Lohnunterschiede zuungunsten von Frauen. Auch Hausarbeit und Kindererziehung liegen zum weitaus größeren Teil in der Hand der Frauen. Da durch das Splittingverfahren bereits ein geringer Zuverdienst steuerliche Nachteile mit sich bringt, lohnt sich eine zweite Erwerbstätigkeit nur, wenn das erzielte Einkommen diesen ausgleicht und daraus zusätzlich entstehende Kosten für die Betreuung von Kindern bestritten werden können. Daher setzt das Ehegattensplitting eher Anreize gegen eine Erwerbstätigkeit von Frauen, woraus sich neben einer geringen Frauenerwerbsquote vielfältige ökonomisch nachteilige Folgen ergeben. Die Juristin Ulrike Spangenberg nennt in ihrem Gutachten für die HBS vor allem den Mangel an eigenständiger Existenzsicherung für Frauen (Sozialversicherungsleistung,

Rente), den Verlust an Bildungskapital und negative Lohneffekte.

Studien aus Großbritannien lassen außerdem den Schluss zu, dass es für den Zugang zu finanziellen Mitteln nicht unerheblich ist, wem Erwerbseinkommen und steuerliche Vergünstigungen innerhalb einer Ehe zufließen.

Auch aus familienpolitischer Sicht wird das Ehegattensplitting heftig kritisiert. Die Mütter und Väter des Grundgesetzes gingen Ende der vierziger Jahre bei der Formulierung des Artikels 6 (1) sicher von einer weitgehenden Identität der beiden dort genannten Schutzgüter „Ehe“ und „Familie“ aus. Heute aber bleibt eine Drittel aller Ehe kinderlos – und kommt auch ohne finanzielle und zeitliche Belastung durch Nachwuchs in den Genuss der steuerlichen Begünstigung des Splittingverfahrens. Sind beide Eltern berufstätig und tragen in ähnlicher Höhe zum Familieneinkommen bei, werden sie steuerlich sogar gegenüber kinderlosen Alleinverdiener-Ehen benachteiligt. Ebenso ergeht es nicht verheirateten Elternpaaren und Alleinerziehenden; auch sie können vom Ehegattensplitting nicht profitieren. Insofern kann das Ehegatten-Splitting eher als steuerlicher Anreiz zur Begründung einer Ehe denn als Beitrag zum Familienlastenausgleich gelten.

Alternativen

Aus diesen Gründen mehren sich die Stimmen, die eine Reform der Splittingregelungen verlangen. Die Vielfalt der in der Diskussion befindlichen Alternativ-Modelle ist groß.

Dabei würde die Einführung eines „**Realsplittings**“ die geringste Veränderung bedeuten. Es entspricht dem Verfahren, das heute schon bei getrennt lebenden Ehegatten angewendet wird: Der Besserverdienende kann fiktive Unterhaltszahlungen, deren

EHEGATTENSPLITTING

Höhe begrenzt ist, steuermindernd gelten machen. Der Partner ohne eigenes oder mit geringem Einkommen muss sie versteuern. Dabei würde sich für untere und mittlere Einkommen und in Bezug auf die Förderung von Familien wenig ändern.

Von der weitestgehenden Umgestaltung, der **ersatzlosen Streichung** des Ehegatten-

zu begrüßen wäre. Den gegenseitigen Unterhaltspflichten in der Lebens- und Verantwortungsgemeinschaft Ehe wird durch den übertragbaren zweiten Grundfreibetrag Rechnung getragen.

Die dadurch frei werdenden Mitteln von ca. 7,5 bis 8 Mrd. Euro, so Spangenberg, könnten für die zielgerichtete Förderung

SCHIESSWETTKAMPF DER SPEZIALEINHEITEN

GdP traf mit Veranstaltung ins Schwarze

20 Mannschaften von Spezialeinheiten der Polizeien der Länder, Bundespolizei, Zoll und Bundeswehr trafen sich am 16.9.2005 zum ersten GdP-Bundesfinanzpolizei Schießwettkampf in Springe am Deister. Sie folgten der Einladung der Kreisgruppe GdP-Bundesfinanzpolizei Hannover, deren Mitglieder mit großem ehrenamtlichem Engagement diesen bisher beispiellosen sportlichen Leistungsvergleich ermöglichten.

Für die Mannschaften aus Reihen der SEK's, MEK's, BFE'en, Unterstützungsgruppen Zoll, Feldjäger und Fallschirmjäger war bei diesem Wettkampf

Stressparcour untypische Begebenheiten wahrnehmen. „Es war wie gegen eine Wand zu laufen“, gestand ein Mitglied einer Spezialeinheit aus Berlin.

Am Ziel angekommen ging es zu den einzelnen Schießstationen, wo die Mannschaften mit der Pistole einen IPSC-Parcour zu bewältigen hatten. Mit Erstaunen mussten andere Spezialeinheiten ansehen, wie die Fallschirmjäger von der Division Spezielle Operationen den IPSC-Parcour mit Bravour absolvierten.

Beim Tontaubenschießen zeigte sich, wo die Jagdschützen in den Mannschaften beheimatet sind. Als Abschlussübung war das Können beim Schießen auf eine laufende Zieldarstellung mit dem Gewehr G 36 gefordert.

Die Teilnehmer zeigten sich über das Zustandekommen dieses bundesweiten und vor allem behördenübergreifenden Zusammenkommens der Mitglieder



Die Siegetrophäe – ein auf einer Holzplatte fixiertes Gewehr G 3 – sowie die mit dem Veranstaltungslgo versehen Fortis-Uhren gingen an das MEK Hamburg.

nicht nur gutes Schießen sondern auch Fitness und Improvisation gefragt. Die Aufgabe der Mannschaften bestand darin, als „Aufwärmübung“ die Evakuierung einer Person durchzuführen. Den Mannschaften blieb genau 2 Minuten, um diesen „Einsatz“ zu planen, bevor sie eine Tür zwangsweise ohne die übliche Ramme schnellstmöglich öffnen und im Anschluss eine knapp 800 Meter lange Bergstrecke hinaufstürmen, um dort eine ca. 80 kg schwere Puppe zu evakuieren. Um den Transport ein wenig zu erschweren, durfte die Puppe beim Rücktransport den Boden nicht berühren. Ganz nebenbei sollten die Teilnehmer bei diesem



Niedersachsens Innenstaatssekretär Dr. Roland Koller in sein Grußwort: „Was dienstlich notwendig ist, kann durchaus auch mal Spaß machen“. Beim Tontauben- und Pistolenschießen entpuppte sich der Schirmherr der Veranstaltung als ausgezeichnete Schütze.

Individualsteuern schaffen Ausgleich		
Steuerliche Auswirkungen* für Einverdienst-Ehen		
Zu versteuerndes Einkommen	Entlastung gegenüber Grundtabelle	Einbußen im Vergleich zum Splitting
20.000 €	1.957 €	97 €
30.000 €	2.307 €	416 €
40.000 €	2.659 €	864 €
60.000 €	3.219 €	2.453 €
120.000 €	3.219 €	4.695 €

* Individualbesteuerung mit 2. Grundfreibetrag, Basis Steuertarif 2005
Quelle: Spangenberg/BMF 2005 | © Hans-Böckler-Stiftung 2005

splittings, versprechen sich Wirtschaftswissenschaftler dann große Effekte, wenn die Einsparungen zu einer Absenkung des allgemeinen Steuertarifes genutzt werden.

Zwischen beiden Lösungen liegt die Variante, die in dem von der HBS geförderten Gutachten favorisiert wird. Hier plädiert die Autorin Ulrike Spangeberg für eine Individualbesteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag: Jeder Ehepartner wird mit dem für sein Einkommen gültigen Steuertarif belastet und kann dabei Grundfreibetrag und steuermindernde Abzüge für sich geltend machen. Handelt es sich um eine Einverdienst-Ehe, kann der Einkommen erzielende Partner seine Steuerschuld durch die Übertragung des zweiten Grundfreibetrages mindern.

Im Modell der Individualbesteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag werden Steuerschuld und steuerliche Entlastung personenbezogen erhoben bzw. berücksichtigt, was auch gleichstellungspolitischer Sicht

von Familien aufgewendet werden.

Über die Förderungswürdigkeit von Familien besteht parteiübergreifend Einigkeit. In welcher Form dies geschehen soll – darüber gehen die Meinungen weit auseinander. Im Koalitionsvertrag, den Union und SPD eben geschlossen haben, sind neben der Einführung eines Elterngeldes auch andere familienpolitische Neuregelungen angedacht. Das Ehegattensplitting wird jedoch nicht erwähnt. Allerdings haben sich die Koalitionspartner auf eine andere steuerpolitische Zielsetzung verständigt: „Zur gerechten Verteilung der Lohnsteuerbelastung zwischen den Ehegatten und besonders zum Abbau von Benachteiligungen von Frauen bei der (Wieder-)Aufnahme einer Erwerbstätigkeit werden wir das Steuersystem besser auf Flexibilisierungen in der Erwerbsbeteiligung ausrichten.“ DP wird darüber berichten.

wew

von Spezialeinheiten sehr erfreut. Sie sprachen der GdP, die dies ermöglicht hat, Anerkennung aus. Die Kollegen genossen während des Wettkampfs, aber auch während des Rahmenprogramms die Möglichkeit, ihre Erfahrungen und Erlebnisse aus den alltäglichen Extremsituationen austauschen zu können. Kommentierungen wie beispielsweise „leider wird auf dienstlicher Basis ein behördenübergreifendes und überregionales Treffen nicht geboten“ oder „schön, dass die GdP diese Veranstaltung durchführt“, waren an diesem Tag nicht selten zu hören. Und so verwunderte es auch nicht, dass der Ruf nach einer



Neben den Mannschaften reisten auch Einzelgäste zu dieser Veranstaltung. So ließ es sich u. a. der Leiter des Schweizer Zoll SEK´s Major Roland Bratschi (Mitte) nicht nehmen, bei dieser Großveranstaltung dabei zu sein und Kontakte zu deutschen Spezialeinheiten zu knüpfen. (l. Ansgar Menke, Vorsitzender Kreisgruppe GdP- Bundesfinanzpolizei Hannover, r. Frank Buckenhofer, Vorsitzender Kommission GdP-Bundesfinanzpolizei)
Fotos: GdP

Fortsetzung dieser Zusammenkunft für Spezialeinheiten schon am Wettkampftag laut wurde.

Zur Erinnerung an diese Veranstaltung kann über die Homepage der KG GdP-Bundesfinanzpolizei Hannover www.gdp-hannover.de ein Patch mit dem Veranstaltungslogo bezogen werden kann. Wer Interesse an der GdP Limited Edition Uhr aus dem Hause Fortis hat, erhält nähere Informationen ebenfalls über die Kreisgruppe GdP-Bundesfinanzpolizei Hannover.

Ansgar Menke

Fernfahrerstammtisch bald auch in Norwegen?

Drei Polizeibeamte aus Oslo waren vom 2. bis 3. November auf Einladung des Initiators der bundesweiten Fernfahrerstammtische, Polizeihauptkommissar Rainer Bernickel, bei der Verkehrssicherheitsberatung der Autobahnpolizei Münster zu Gast. Die zweitägige Hospitation hatte der Leitende Polizeidirektor, Wolfgang Blindenbacher, aus dem Düsseldorfer Innenministerium ermöglicht.

Ziel des Besuches war es, eine in Norwegen geplante Verkehrssicherheitskampagne für Lkw-Fahrer, durch bereits in der Bundesrepublik bewährte Aktionen zu unterstützen.

Erste Eindrücke konnten die Gäste als Teilnehmer des Fernfahrerstammtisches an der A 1, auf dem Rastplatz Münsterland-Ost gewinnen. Die 36-köpfige Gesprächsrunde befasste sich an diesem Tage mit der Unfallursache „Sekundenschlaf“. Der Vortrag eines Schlafmediziners der Uni Münster und der Beitrag von PHK Bernickel über rechtlichen Folgen bei Nichtbeachtung der gesetzlichen Bestimmungen zu diesem Thema, wurden von den Gästen ebenso positiv aufgenommen wie die Berichte zur Entstehungsgeschichte der Fernfahrerstammtische, über die Ziele der Autobahnpolizei zur Senkung der Unfallzahlen, bis hin zur Planung von Aktionen zur Steigerung der Verkehrssicherheit für Lkw-Fahrer auf Autobahnen.

Da die polizeilichen Ziele, in allen Ländern auf eine deutliche Reduzierung der Unfallzahlen ausgelegt sind, wird der bisherige und künftige Informationsaustausch mit den norwegischen Kollegen einen Beitrag zum Erreichen der Ziele der EU Kommission, bis 2010 die Zahl der Verkehrstoten auf europäischen Straßen zu halbieren, darstellen.

Rainer Bernickel,
AP Münster
Verkehrssicherheitsberatung



Rainer Bernickel, Jan Morgan Guttormsen, Sverre Borge, Sten Gregersen
(v. r. n. l.)
Foto: Christoph Becker

„Ich wollte unbedingt mit meinen Freunden mithalten“, sagt Frank Leistner*. Der 37-Jährige arbeitet als Pförtner in einem mittelständischen Industriebetrieb, sein Lebensstil aber ähnelte zeitweise eher dem eines leitenden Angestellten. Er leistete sich teure Abendessen in edlen Restaurants, bestellte eine neue Wohnungseinrichtung, kaufte sich ein schickes Auto – alles auf Pump. Irgendwann stand Leistner mit über 30.000 Euro bei Banken, Möbelhäusern und Handyfirmen in der Kreide. Mitarbeiter von Inkassofirmen besuchten ihn regelmäßig, die Mahngebühren stiegen unaufhörlich, er hatte schlaflose Nächte. Dann fand er den Weg in eine Beratungsstelle,

Millionen in der Falle

Ein Bericht von Thomas Gesterkamp

Immer mehr Privathaushalte melden Verbraucherinsolvenz an. Fachliche Hilfe rettet jeden zweiten Betroffenen aus der Krise, dennoch werden die Mittel für die Schuldnerberatung gekürzt.

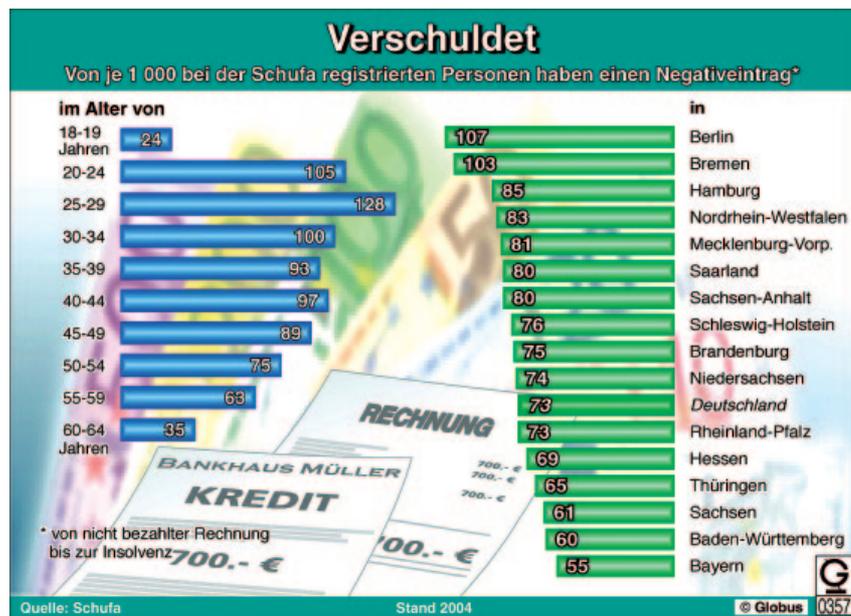
und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Als wichtigste Ursachen listet der Bericht Arbeitslosigkeit, schwere Krankheit, Scheidung, Niedrigeinkommen, unwirtschaftliche Haushaltsführung und gescheiterte Selbstständigkeit auf. Jeder vierte Be-

woche „Der Mensch hinter den Schulden“ machten die Wohlfahrtsverbände im Sommer 2005 gemeinsam auf das Thema aufmerksam.

Mehrere Monate, manchmal noch länger müssen Überschuldete hierzulande auf einen Termin warten, weil

die öffentlichen Mittel für die Schuldnerberatung drastisch gekürzt wurden. Von den 240 Anlaufstellen, die zum Beispiel die Verbraucherzentralen im Jahr 2000 anboten, sind nur noch 180 übrig geblieben.

In diese Service-lücke stoßen dubiose private Schuldnerberater, die teilweise am Rande der Legalität arbeiten und die Not-situation der Betroffenen zum eigenen Vorteil ausnutzen.



stellte schließlich beim Amtsgericht einen Antrag auf Privatinsolvenz. In sechs Jahren, so hofft Leistner jetzt, ist er seine Schulden los. Ohne Unterstützung von außen, da ist er sicher, „hätte ich das nie geschafft“.

Über drei Millionen Haushalte stecken in Deutschland in der Schuldenfalle. In den letzten fünfzehn Jahren hat sich die Zahl verdoppelt. Das Stadium der Überschuldung ist erreicht, wenn „Einkommen und Vermögen trotz Reduzierung des Lebensstandards nicht ausreichen, um fällige Forderungen zu begleichen“ – so definiert es der letzte Armuts-

treffene hat elf oder mehr Gläubiger; ebenfalls 25 Prozent stehen mit Summen über 50.000 Euro im Soll. Doch nur zwölf Prozent suchen, wie Frank Leistner, eine Schuldnerberatung auf.

„Überschuldung ist ein gesellschaftliches Problem und darf nicht tabuisiert werden“, betont Iris Spranger, stellvertretende Bundesvorsitzende der Arbeiterwohlfahrt. Georg Cremer, der Generalsekretär des Deutschen Caritasverbandes, fordert mehr Unterstützung durch öffentliche Beratungsstellen: „Vorwürfe helfen den Leuten nicht weiter.“ Mit der bundesweiten Aktions-

Immerhin gelingt es in jedem zweiten Beratungsfall, durch Hilfe von seriösen Überschuldungs-Experten einen Ausweg aus der Krise zu finden – etwa mittels der von Frank Leistner beantragten Verbraucherinsolvenz. In einem gerichtlich geregelten Prozess trägt der Schuldner sechs Jahre lang einen möglichst großen Teil seiner Verpflichtungen ab. Auch wenn er seine Gläubiger nicht vollständig zufrieden stellen kann, wird er dann von seinen restlichen Verpflichtungen befreit. Mit fast 70.000 Fällen pro Jahr hat dieses neue Verfahren inzwischen sogar die Zahl der

Wege zur Schuldenfreiheit:

Die Verbraucherinsolvenz

Stufe 1:

Der Schuldner versucht, sich mit seinen Gläubigern außergerichtlich zu einigen. Unterstützt von einem Schuldnerberater (oder auch einem Rechtsanwalt) schlägt er einen festen monatlichen Beitrag vor, um die Verbindlichkeiten schrittweise zu verringern.

Stufe 2:

Wenn die Gläubiger den Vorschlag ablehnen, stellt der Schuldner beim Amtsgericht den Antrag auf Eröffnung eines Privatinsolvenzverfahrens. Das Gericht schlägt den Gläubigern nochmals einen Plan zum Schuldenabbau vor.

Stufe 3:

Lehnen diese erneut ab, wird die Verbraucherinsolvenz eingeleitet. Der Schuldner muss sechs Jahre lang sein pfändbares Einkommen einem Treuhänder überlassen. Die Pfändungsgrenze liegt bei 990 Euro, hinzu kommen Freibeträge für Kinder und Unterhaltsverpflichtungen.

Stufe 4:

Nach sechs Jahren endet die so genannte Wohlverhaltensphase. Auch wenn dann nicht alle Schulden getilgt sind, wird der Betroffene von seiner Restschuld befreit.

ÜBERSCHULDUNG

Unternehmensinsolvenzen deutlich übertroffen.

Banken in der Kritik

Für die Kürzungen in der Beratung machen die Wohlfahrtsverbände vor allem die Bundes-

länder verantwortlich. Daneben wollen sie die Banken und andere Kreditgeber in die Pflicht nehmen. Die Geldinstitute müssten sich an der Finanzierung der Hilfen beteiligen und die Betroffenen auf direktem Wege stärker unterstützen. Schließlich, so argumentieren auch die Verbrau-

cherschützer, trügen die Vermarktungsstrategien der Banken eine Mitschuld an der ausweglosen Situation vieler Haushalte: Die Werbung der Geldinstitute gaukelt eine heile Welt vor, in der sich Wünsche sofort und ohne Aufschub erfüllen lassen.

Nach dem Motto „Jetzt kaufen,

später zahlen“ werden zuerst riskante Kredite und ein allzu großzügiger Dispo eingeräumt – selbst wenn in manchen Fällen offensichtlich ist, dass die Kunden schlicht nie gelernt haben, mit Geld umzugehen. Ist die Überschuldung dann später nicht mehr zu übersehen, folgen kostspielige

Mahnverfahren, das Einfordern hoher Sollzinsen und schließlich die Kündigung des Girokontos. Damit geraten die Überschuldeten in einen Teufelskreis: Wenn ihnen die Bankverbindung gekappt wird, sind sie vom bargeldlosen Zahlungsverkehr ausgeschlossen. Sie haben dann noch größere Schwierigkeiten, etwa eine passende Wohnung anzumieten oder eine neue Arbeitsstelle zu finden. Befinden sie sich in einem festen Arbeitsverhältnis, so macht spätestens die Kontokündigung die schwierigen privaten Verhältnisse für Personalabteilung oder Dienststelle offensichtlich.

Der soeben vorgelegte dritte „Schuldenkompass“ der Schutzgemeinschaft für allgemeine Kreditsicherung (Schufa) erfasst das Zahlungsverhalten von 62 Millio-



Foto: dpa

nen Bundesbürgern. Der Bericht belegt die wachsenden finanzielle Engpässe vor allem bei jungen Leuten. Eine Schufa-
E i n t r a g u n g kann allerdings kein Grund sein, die Führung eines Girokontos zu verweigern, betonen die Verbände der Kreditwirtschaft. In der Praxis aber wird diese Selbstverpflichtung der Banken häufig miss-

achtet. Georg Cremer von der Caritas fordert deshalb im Einklang mit den Verbraucherzentralen einen Rechtsanspruch auf ein Girokonto für jedermann – als „wichtige Voraussetzung für die Wiedereingliederung in das soziale und wirtschaftliche Leben“.

Frank Leistner wird wegen seines niedrigen Einkommens wohl nur einen Teil seiner Schulden zurückzahlen. Dass die Gläubigerbanken ihre Forderungen nicht hundertprozentig durchsetzen können, stört ihn wenig. „Die haben mit ihrer sorglosen Kreditvergabe selbst dazu beigetragen.“ Eines aber will er künftig auf jeden Fall vermeiden: das Minuszeichen auf seinen Kontoauszügen. Bei einer Sparkasse hat er sich ein reines Guthabenkonto eingerichtet.

* Name geändert



Urteile

Fernbleiben vom Dienst trotz Dienstfähigkeit für annähernd ein Jahr – OVG entfernt Polizeibeamten aus dem Dienst

Ein Polizeibeamter, der trotz amtsärztlich festgestellter Inndienstfähigkeit annähernd ein Jahr nicht zum Dienst erschienen ist, gleichzeitig aber wiederholt private Arbeitsleistungen ausgeübt und darüber hinaus einer dienstlichen Anordnung, sich in stationäre Beobachtung zu begeben, nicht Folge geleistet hat, ist aus dem Dienst zu entfernen. Dies entschied das Oberverwaltungsgericht in Koblenz.

Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz, 3 A 10815/05.OVG



Sonderzahlung – so genannt Weihnachtsgeld – 2003 für Beamte, Professoren und Richter

Das Verwaltungsgericht Mag-

deburg hat am 6.9.2005 als erstes Gericht in Sachsen-Anhalt Entscheidungen zur Rechtmäßigkeit der Sonderzahlung im Jahre 2003 getroffen und entschieden, dass die entsprechenden bundes- und landesrechtlichen Regelungen formell und materiell nicht zu beanstanden sind.

Hintergrund:

Mit dem Besoldungs- und Versorgungsrechtsanpassungsgesetz 2003 hat der Bundesgesetzgeber den Ländern die Möglichkeit eingeräumt, Bestimmungen über jährlich zu zahlende Sonderzuwendungen (sog. Weihnachtsgeld) zu treffen. Davon hat das Land Sachsen-Anhalt erstmals für das Jahr 2003 Gebrauch gemacht und die Sonderzuwendung nach Ämtern gestaffelt festgelegt.

Den von den Klägern vorgebrachten Einwendungen insbesondere gegen das formelle Zustandekommen der bundes- und landesrechtlichen Regelungen hat sich das Gericht nicht angeschlossen. So sei das Landesgesetz rechtzeitig, nämlich am Freitag, den 28.11.2003, verkündet worden. Auch im Übrigen seien der Absenkung der Sonder-

zuwendung rechtliche Bedenken nicht entgegen zu halten. Für die Kläger besteht nunmehr die Möglichkeit, gegen das Urteil Rechtsmittel bei dem Oberverwaltungsgericht des Landes Sachsen-Anhalt einzulegen.

Anmerkung: Seit dem Jahr 2005 wird eine Sonderzahlung an

Beamte, Professoren und Richter, bis auf die Zahlung eines „Sonderbeitrages“ pro Kind in Höhe 25,56 Euro, auf Grund der Haushaltslage des Landes Sachsen-Anhalt nicht mehr vorgenommen.

Verwaltungsgericht Magdeburg, 5 A 57/05 MD (u. a.)

ANKÜNDIGUNG

Tagung zur Organisierten Kriminalität

„Alles OK? – Der Kampf gegen das organisierte Verbrechen“ ist Thema einer Polizeitagung, die vom 6. bis 8. Februar 2006 in der Evangelischen Akademie Hofgeismar stattfindet. Die Tagung beschreibt die OK, fragt, wie Polizei damit umgeht, was vorbeugt und wo juristisch und technisch die Grenzen im Kampf gegen die OK liegen.

Angehörige der Landespolizeien zahlen 50 Euro, die weiteren Tagungskosten übernimmt die Polizeiseelsorge. An-

dere Personen zahlen 131 Euro im Einzelzimmer (einschl. Tagungsbeitrag 45 Euro sowie Verpflegung) bzw. 119 Euro im Doppelzimmer; Ermäßigungen auf Anfrage.

Anmeldungen und weitere Informationen unter: Telefon: 05671/881-118, E-Mail: ev.akademie.hofgeismar@ekkw.de Internet: www.akademie-hofgeismar.de Michael Goldbach, Studienleiter



VORSTELLUNG

Neue Zeiten – neue Seiten

Willkommen liebe Leser und Überleser, willkommen auch die, die uns schon kennen oder vielmehr kannten – denn die mediale Plattform der JUNGEN GRUPPE wählt ab dieser Ausgabe unserer Mitgliederzeitung DEUTSCHE POLIZEI, einen neuen Weg, auf dem sie hofft, mehr Leser – gern auch die älteren – zu erreichen und mit den Belangen, Programmen und

Aktivitäten der JUNGEN GRUPPE vertraut zu machen. So erscheinen wir jede zweite Ausgabe auf diesen Seiten und freuen uns auf die Möglichkeit, den Focus auf den leider immer weiter ausgedünnten Polizeinachwuchs zu richten. Auch in diesem Jahr haben wir uns eine Menge vorgenommen: Wir bieten allen jungen Polizeibeamten die Möglichkeit, sich über Seminare

der JUNGEN GRUPPE fortzubilden, befassen uns mit aktuell politischen Themen, welche den Polizeialltag tangieren und in den meisten Fällen leider beschneiden, richten unser Augenmerk stärker auf die Entwicklungen innerhalb der EU und deren Auswirkungen auf die Polizei. Des Weiteren richten wir im Mai die Bundesjugendkonferenz in Potsdam aus, zu wel-

cher der Geschäftsführende Bundesjugendvorstand neu gewählt wird. Trotz dieses Planes erhalten wir uns immer eine Flexibilität, die es uns ermöglicht, auf alle denkbaren und undenkbbaren Ereignisse zu reagieren und im Interesse unserer Mitglieder zu agieren.

Falls auch euch etwas unter den Nägeln brennt oder ihr ein Thema habt, zu dem ihr gern etwas lesen oder vielleicht selbst schreiben wollt, dann setzt euch mit uns über unsere Internetseite in Verbindung. In diesem Sinne – ihr werdet von uns lesen ...

Fanni Schneider

Aktiv-Plus-Betreuungsteam der JUNGEN GRUPPE beim Castor 2005 im Wendland

Wie im letzten Jahr haben auch dieses Jahr Kolleginnen und Kollegen der JUNGEN GRUPPE an ihren freien Tagen die Einsatzkräfte beim Castor-Transport tatkräftig unterstützt. Sabrina Kunz aus Rheinland-Pfalz, Thorsten Weiß von der Bundespolizei, Sven Lange aus Baden-Württemberg und Jens Berner aus'm Saarland waren dabei (s. Foto).

Neben dem bewährten Einkaufsservice aus dem letzten Jahr haben wir in diesem Jahr auch Kaffee, Tee und Cappuccino angeboten. Unser Hauptziel war jedoch, Kritik aufzuschnappen und die Punkte, wenn möglich, direkt vor Ort zu lösen. Wir

fuhren in zwei Teams mit voll geladenen Fahrzeugen Tag und Nacht – so lange es halt ging – im Einsatzgebiet umher. Immer dort, wo wir auf Einsatzkräfte stießen, wurden diese mit heißen Getränken und den schon legendären Castor-Kondomen, Kugelschreibern und Bonbons versorgt.

Schon zu Beginn wurden die ersten Probleme an uns herangetragen. So beschwerte sich ein Kollege der Bundespolizei über die ungerechte Stundenvergütung. Denn er sollte, nach seinen Worten, nur die reine Einsatzzeit vergütet bekommen. Durch einen Anruf bei dem Kollegen Martin Schilff vom PHPR der

BPol konnte wir dem Kollegen genauere Informationen geben.



Bei einem Problem trauten wir zuerst unseren Ohren nicht. Die Kollegen hatten, bis unmittelbar

vor dem Straßentransport, keine Dosimeter erhalten. Auch hier konnten wir glücklicherweise für Abhilfe sorgen.

Nicht jede Kritik und nicht alle Probleme konnten wir vor Ort lösen. Wir wollen an dieser Stelle

einige Punkte aufführen. Der Rest ist nicht vergessen.

Ganz oben stand bei den Kol-

Molvanien

Eine Reise in ein Land, welches so herzlich abschreckend ist, dass man es am liebsten erkunden würde – wenn es denn existieren würde. Der Reiseführer durch das imaginäre Land, welches irgendwo in Osteuropa liegen könnte, ist nicht nur ein rhe-

torisch brillanter Exkurs in die Welt des rauen Ostens, vielmehr weckt es das wohlige Gefühl beim Lesen, mit dem Standort der eigenen Couch sehr zufrieden zu sein. Einen kleinen Einblick und eine Leseprobe in dieses fantastische Buch findet man unter www.Molvanien.de

Seminare 2006

Themen in diesem Jahr werden sein:

- Internetkriminalität
- Das neue Aufenthaltsgesetz – Veränderungen und Chancen
- Polizeien in Europa
- Gesund im Beruf

Teilnehmen kann jedes Junge Gruppe-Mitglied bis zum 30. Lebensjahr.

Weitere Informationen und Anmeldungen sind online unter www.gdpjg.de erhältlich bzw. möglich.



beginnen und Kollegen die Arbeitszeitregelung. Es kann nicht sein, dass die Zeit, die die Kolleginnen und Kollegen in den Unterkünften zubringen, als Freizeit betrachtet wird. Aus unserer Sicht verbringen wir Freizeit selbstbestimmt zu Hause. Die gesamte Zeit vor Ort muss 1:1 angerechnet werden.

Die Unterbringung hat sich bestimmt wesentlich verbessert. Aber auch in diesem Jahr wurden wieder Betten in ehemaligen Duschräumen aufgestellt. Oder die Dusch- und Toilettencontainer befanden sich vielfach auf dem Hof.

Ebenso ist die Verpflegung teils immer noch völlig unzureichend. In manchen Unterkünften ist nicht ausreichend Verpflegung vorhanden. Wenn die Platten leer sind, sind sie halt leer und werden erst wieder nach einigen Stunden aufgefüllt. Man muss sich mal überlegen, die Kolleginnen und Kollegen kommen zu völlig verschiedenen Zeiten, die sie nicht selbst planen können, aus dem Einsatz in die Unterkunft zurück und es ist kein Essen da.

Ein Hohn ist es da, wenn die Innenminister der Länder sagen, dass sich die Einsatzbedingungen wesentlich verbessert haben. Wir möchten daran erinnern, dass sie zu Beginn der Castor-Transporte teils menschenunwürdig waren.

Aber wenn die Bedingungen in den Unterkünften so toll sind, sollte die nächste Innenministerkonferenz in einem Containerdorf mit dem oben beschriebenen Begleitumständen tagen. Da kann man bestimmt jede Menge Geld sparen.

Wir bleiben für euch auf alle Fälle am Ball, denn der nächste Castor kommt bestimmt und euer Aktiv-Plus-Betreuungsteam ist dann auch wieder für euch da.

Sabrina Kunz – Jens Berner

FUSSBALL IST UNSER LEBEN – WM 2006

Gewaltgruppierungen in deutschen Fußballstadien

„Gemeinsam mit den Bundesländern haben wir ein Nationales Sicherheitskonzept erarbeitet und auf der letzten Innenministerkonferenz erneut beraten. Zu einem fröhlichen Fußballfest gehört



auch, dass die Fußballfans aus Deutschland und aller Welt sich sicher fühlen“, so der Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble anlässlich der Gruppenauslosung zur Fifa WM 2006.

Eine ähnliche Botschaft brachten auch die Referenten zur Fachtagung der JUNGEN GRUPPE vom 8. bis 11.12.2005 in Gelsenkirchen mit, die die JUNGEN GRUPPE in Vorbereitung auf die Fifa WM 2006 durchgeführt hat. 20 junge Kolleginnen und Kollegen aus dem Bundesgebiet haben sich angemeldet und wollten sich u.a. über die Sicherheitsvorkehrungen zur WM 2006 informieren.

Hohe Anforderungen an die Innere Sicherheit

Auf der Tagung stellte Herr Wittmann vom Stab BA Sicherheit WM 2006, BMI die aktuellen Maßnahmen des Bundes im Bereich Sicherheit zur Fifa WM 2006 vor. Ausgangspunkt sind die Regierungsgarantien, die die Bun-

desregierung gegenüber der Fifa abgegeben hat. Die Gewährleistung der Sicherheit ist hierbei ein zentrales Thema. Ferner ging er auf die Sicherheitsorganisation auf der Ebene der Länder ein, in

deren Mittelpunkt die veranstaltungsbezogene Vorfeldarbeit und viele anlassbezogene Maßnahmen, z. B. Veranstaltungsschutz und Bekämpfung der anlassbezogenen allgm. Kriminalität stehen. Herr Wittmann stellte die

Aufgabenfelder des Stab BA Sicherheit Fußball WM 2006 dar und gab einen Überblick über die Rahmenbedingungen der Fifa WM 2006.

In der folgenden Diskussion war eine wichtige Frage der Digitalfunk. Hierzu konnte Herr Wittmann keine konkrete Aussage treffen. Die TeilnehmerInnen waren sich aber einig, dass dies zur WM ein schöner Traum bleibt.

Ein exklusives Hobby – Hooligans in Deutschland

Egbert Gössing von Polizeipräsidium Dortmund ist szenekundiger Beamter. Er berichtete und zeigte Videos über enthemmte, erlebnisorientierte junge Menschen an so genannten Drittorten. Er gab eine Einschätzung zur derzeitigen Lage und worauf die eingesetzten Kolleginnen und Kollegen sich während der WM einstellen müssen. In ca. 20 Wochen wird das Eröffnungsspiel angepfeiffen und schon vorher beginnt einer der größten Polizeieinsätze Deutschlands. Wir wünschen allen eingesetzten KollegInnen eine ruhige und sichere WM 2006. **MaBe**

Sicherheit beim Bundeslager

Vom 27. Juli bis 6. August 2005 trafen sich über 5.000 Jugendliche aus mehr als zwanzig Nationen in Almke bei Wolfsburg zum Bundeslager des „Bundes der Pfadfinderinnen und Pfadfinder“ (BdP). Ein Stab von über 100 Freiwilligen hat die komplette Infrastruktur dieser Pfadfinderstadt mit Namen „Vineta“ sprichwörtlich aus dem Boden gestampft.

Dabei waren drei Rheinland-Pfälzische Kollegen, die unter der Leitung des saarländischen Kollegen Jens Berner hier ihr Zelt aufgeschlagen hatten. Aufgabe

des Teams war es, die Sicherheit auf dem Platz in enger Absprache mit der örtlichen Polizei und der Lagerleitung zu gewährleisten.

Dabei gab es für das Team jede Menge Probleme, die es zu lösen galt. Angefangen von der koordinierten An- und Abreise der 5.000 Jugendlichen in Bussen, Aufräumarbeiten nach diversen Stürmen und nicht zu vergessen, die etlichen Nachtdienste, um die Sicherheit der Jugendlichen zu gewährleisten. Dennoch gelang es, mit vereinten Kräften den größten Schaden von allen fern zu halten. **md/jb**



Wirtschaftslexikon

Die Koalitionsverhandlungen haben wieder deutlich vor Augen geführt, mitverfolgen kann die komplizierten Themen von Steuer-, Geld-, Finanz- und Haushaltspolitik nur, wer über ausreichendes Wissen verfügt. Mit dem nun in 3. Auflage (aktualisiert und erweitert) erschienenen Wirtschaftslexikon gibt Werner Rittershofer Personalräten, Vertrauensleuten und Funktionsträgern in den Gewerkschaften eine verständliche und fundierte Erklärungshilfe wirtschaftlicher Begriffe. Dies wundert auch nicht, denn der Autor ist der ehemalige Leiter der Wirtschaftsabteilung der Deutschen Postgewerkschaft.

Erläutert werden mehr als 4.000 Fachbegriffe aus den Gebieten

- Wirtschafts- und Finanzpolitik
- Arbeits- und Sozialrecht
- Managementbegriffe, Betriebs- und Volkswirtschaft
- Finanzen und Börse
- Internet und Informationstechnologie
- Europäische Institutionen und Rechtsbegriffe
- Umweltrecht und Umweltpolitik

Das Wirtschaftslexikon, ein Nachschlagewerk, das bei jedem Gewerkschafter im Bücherschrank stehen sollte.

Wirtschaftslexikon – über 4.000 Stichwörter für Studium und Praxis, Werner Rittershofer, Beck-Wirtschaftsberater im dtv, 3. Auflage 2005, 1150 Seiten, 20 Euro, ISBN 3423508442

HJA



Disziplinarrecht – aktueller Leitfadener

Der Leitfaden stellt das geltende Disziplinarrecht auf der Basis des Bundesdisziplinargesetzes anschaulich und umfassend dar. Das behördliche Disziplinarverfahren bildet den

Schwerpunkt der Darstellung. Dabei legt der Autor besonderen Wert auf die Möglichkeiten der Ausdehnung und Beschränkung des Verfahrens sowie auf die vorläufige Dienstenthebung und die Einbehaltung von Bezügen. Anmerkungen zum Widerspruchsverfahren bieten wertvolle Hilfestellungen für die Praxis.

Die Ausführungen zum gerichtlichen Disziplinarverfahren zeigen die Grundzüge der Disziplinargerichtsbarkeit sowie die Abläufe von Disziplinarverfahren vor dem Verwaltungsgericht, dem Obergericht und dem Bundesverwaltungsgericht auf.

Abschließend gibt der Verfasser einen umfassenden Überblick über die verschiedenen Disziplinarmaßnahmen und ihre Auswirkungen: von Verweis und Geldbuße über die Kürzung der Dienstbezüge, die Zurückstufung und die Entfernung aus dem Beamtenverhältnis bis hin zu Kürzung und Aberkennung des Ruhegehaltes.

Das aktuelle Disziplinarrecht, Leitfaden für den öffentlichen Dienst, Dr. Dr. Frank Ebert, Richard Boorberg Verlag 2005, 2. überarbeitete Auflage, 168 Seiten, 16,80 Euro, ISBN 3-415-03532-8



Trennung und Zusammenarbeit

In Zeiten der Bekämpfung des internationalen Terrorismus und der Organisationen Kriminalität sind Fragen nach dem Verhältnis zwischen der Polizei und den Nachrichtendiensten aktueller und umstrittener denn je. Ausgehend von der historischen Entwicklung, insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg, untersucht der Autor das im Zentrum der öffentlichen Diskussion stehende Trennungsgebot auf dessen (verfassungs-)rechtliche Verbindlichkeit. Die umfassende Auseinandersetzung mit dem Thema bezieht europarechtliche Aspekte ein. Ebenfalls berücksich-

tigt sind die grundrechtlichen Anforderungen an Datenübermittlungen zwischen Polizeibehörden und nachrichtendienstlichen Stellen.

Die Fragen zur Trennung und Zusammenarbeit von Polizei und Nachrichtendiensten sind bislang in Rechtsprechung und Literatur trotz ihrer enormen Bedeutung für das viel diskutierte Verhältnis von Freiheit und Sicherheit im Rechtsstaat eher vernachlässigt worden. Der Verfasser arbeitet die vielfältigen und unübersichtlichen Regelungen auf Bundes- und Länderebene, die dieses Gebiet prägen, fundiert auf und führt sie einer Systematisierung zu. Nicht zuletzt dadurch leistet das Buch einen wichtigen Beitrag zur rechtlichen Durchdringung dieses Bereiches.

Trennung und Zusammenarbeit von Polizei und Nachrichtendiensten, Dr. Marco König, Richard Boorberg Verlag GmbH & Co KG 2005, 336 Seiten, 36 Euro, ISBN 3-415-03521-2



Stress

Obwohl bekanntermaßen der Beruf des Polizeibeamten einer der subjektiv belastendsten und stressigsten ist, existieren insbesondere im deutschsprachigen Raum nur wenige wissenschaftliche Untersuchungen, die sich mit diesem Thema befassen und die Frage

untersuchen, wie Polizisten auf belastende Ereignisse im Dienst reagieren. Diese Studie soll dazu beitragen, diese Lücke zu schließen und geht u. a. den Fragen nach, welche Situationen und Ereignisse von Beamten der Österreichischen Bundespolizei als Stress empfunden werden und wie belastend diese sind, welche Auswirkungen die Stressoren auf

das dienstliche und private Leben haben und welche Wege der Verarbeitung eingeschlagen werden. Weiterhin wird die Wahrscheinlichkeit des Auftretens von Akuten und Posttraumatischen

Belastungsstörungen nach dem Erleben von sehr belastenden Ereignissen im Dienst erforscht. Die Fragen werden hinsichtlich Unterschiede auf Grund des Geschlechtes, der Dienst erfahrung und des Verwendungszweiges (Sicherheitswache und Kriminalpolizei) untersucht.

Stress im Polizeiberuf – Verarbeitung belastender Ereignisse im Dienst, Martina Steinbauer, Reinhold Jagsch & Ilse Kryspin-Exner, Verlag für Polizeiwissenschaft, 218 Seiten, 23 Euro, ISBN 3-935979-03-7



Vernehmung

Die Autoren machen Befragungen und Glaubhaftigkeitseinschätzung in den Grundzügen transparent. Sie verdeutlichen die Wichtigkeit der Befragung und inwieweit offene Fragen, freie Berichte und ein detailliertes Protokoll von entscheidender Bedeutung sind.

Die Verfasser stellen Aufbau und Ablauf sowie die Ziele von Vernehmungen dar, geben Tipps zur Planung und zum Beginn sowie Hinweise zum taktischen Vorgehen und zu den Belehrungen. Besondere Bedeutung kommt den Ausführungen zu verbalen Merkmalen und Warnsignalen, nonverbalen Signalen und der Aussage motivation bei der Einschätzung der Glaubhaftigkeit von Aussagen zu.

Der Analyse und Bewertung von Aussagen wird in dem Buch ebenso Rechnung getragen wie den Problemen, die sich z.B. bei der Vernehmung von Kindern und traumatisierten Personen oder durch das Hinzuziehen von Dolmetschern ergeben.

Polizeiliche Vernehmung und Glaubhaftigkeit – Ein Trainingsleitfaden, von Professor Dr. Max Hermanutz, Professor Dr. Sven Max Litzcke, Ottmar Kroll, Richard Boorberg Verlag 2005, 165 Seiten, 18 Euro, ISBN 3-415-03554-9